



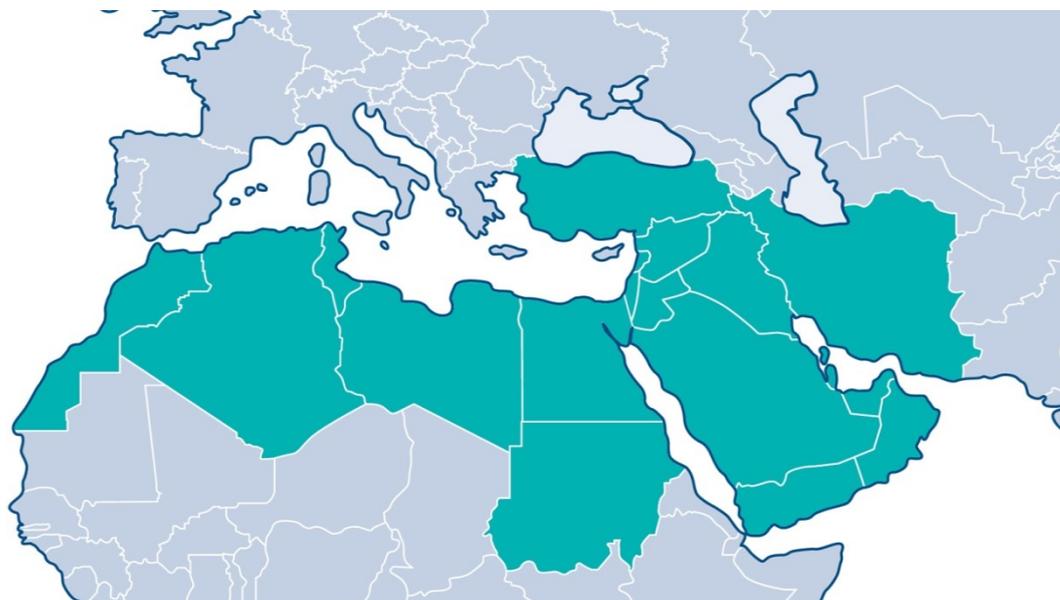
09. April 2020

Covid-19 in Nahost und Nordafrika

Belastungsprobe für eine instabile Region

Christina Baade, Michael Bauer, Simon Engelkes, Edmund Ratka (Redaktion)

Die globale Ausbreitung des neuartigen Coronavirus wird für den Nahen Osten und Nordafrika zu einer zusätzlichen Belastungsprobe. Vielerorts bestimmten politische und wirtschaftliche Krisen bereits den Alltag, sind staatliche Strukturen und Legitimität nur schwach ausgeprägt. In den fortwährenden Transformationsprozessen der Region könnte die Pandemie als Katalysator wirken. Die Corona-Krise wirft damit nicht nur Fragen zur Krisenreaktions- und Widerstandsfähigkeit der betroffenen Staaten und ihre Gesundheitssystemen auf, sondern auch zu den politischen und sozioökonomischen Folgen in einer Region, deren Entwicklung immer auch Folgen für Europa nach sich zieht.



Quelle: [123map](#)

Inhaltsverzeichnis

Covid-19 in Nahost und Nordafrika	1
Einführung: Nahost und Nordafrika in Zeiten der Pandemie	3
Länderportraits Nordafrika.....	5
Marokko	5
Algerien	7
Tunesien.....	9
Libyen.....	11
Ägypten	14
Sudan.....	15
Länderportraits Naher Osten	17
Israel.....	17
Palästinensische Gebiete	18
Jordanien.....	20
Libanon	21
Syrien.....	24
Irak.....	25
Golfstaaten	27
Jemen.....	30
Iran.....	32
Türkei.....	34
Impressum	37
Die Autorinnen und Autoren	37

Einführung: Nahost und Nordafrika in Zeiten der Pandemie

Simon Engelkes, Edmund Ratka

Während der Iran mit über 60.000 bestätigten Infektionen und 3.700 Todesfällen regional bei weitem die meisten Fälle registriert hat und der Rest der Region bisher insgesamt über 1.000 Todesopfer durch die Erkrankung Covid-19 zählt, waren die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) als wichtige Drehscheibe für internationale Reisen und Handel am 29. Januar das erste Land der Region, das Fälle des Coronavirus meldete. Auch die Türkei ist als Verkehrsknotenpunkt der Region mit rund 30.000 bestätigten Fällen stark vom Virus betroffen. Trotz dieser im weltweiten Vergleich geringen (bekannteren) Fallzahlen sind der Nahe Osten und Nordafrika durch die Pandemie besonders gefährdet, da sich die Länder der Region bereits vor dem Ausbruch des Virus bedeutenden Herausforderungen gegenüber sahen, welche die Möglichkeiten des staatlichen Krisenmanagements einschränken.

Stressfaktor Krisen und Konflikte

Der Nahe Osten und Nordafrika sind von mehreren Bürgerkriegen und Flüchtlingskrisen betroffen, die viele der ohnehin schwachen Gesundheitssysteme zusätzlich stark belasten. Sollte sich der Virus in den von Staatszerfall und bewaffneten Konflikten geprägten Ländern ausbreiten, drohen weitere humanitäre Katastrophen. In Syrien und Libyen könnte der Ausbruch des Virus den vollständigen Zusammenbruch der öffentlichen Gesundheitssysteme auslösen. Der Jemen leidet nach fünf Jahren Bürgerkrieg schon an der größten Choleraepidemie der Gegenwart. Die Hälfte der Bevölkerung ist unterernährt oder hungert. Diese Zustände werden durch den gezielten Beschuss von Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen in manchen Konfliktgebieten und durch massenhafte Migrationsbewegungen noch verschärft. Besonders Flüchtlinge und Migranten sind aufgrund mangelnder medizinischer Grundversorgung gefährdet. In dicht besiedelten Zeltlagern und Stadtvierteln verwaltet von ineffizienten Behörden kann sich das Virus schnell verbreiten.

Stressfaktor fragile Staatlichkeit

Pandemien haben immer auch politische Folgen. Sie können Staaten und politische Persönlichkeiten stärken, wenn diese schnell und überzeugend auf die Gesundheitskrise reagieren; oder die Glaubwürdigkeit ganzer Regime beschädigen und Institutionen zu Fall bringen. Gerade in Zeiten des Übergangs, in denen sich innenpolitische und regionale Kräfteverhältnisse noch nicht endgültig etabliert haben, können Pandemien zu einem Katalysator für gesellschaftspolitische Veränderungen werden. Der Nahe Osten und Nordafrika befindet sich seit Jahren in fortdauernden Transformationsprozessen, die politische Unsicherheit erzeugen und sich auch auf die staatliche Reaktionsfähigkeit auswirken. Ein Versagen bei der Bekämpfung der Pandemie stellt Regierungen sowohl gegenüber ihren Bevölkerungen als auch weltweit sichtbar vor ein Legitimationsproblem. Selbst ein gesundheitspolitisch erfolgreiches Krisenmanagement kann sozio-ökonomische Verwerfungen auslösen, welche die in praktisch allen Ländern bereits wacklige Legitimationsbasis der Regierenden – und der staatlichen Strukturen insgesamt – herausfordern werden.

Die meisten Regierungen der Region haben, unabhängig von ihrer systempolitischen Ausrichtung, einen ähnlichen Maßnahmenkatalog bei der Bekämpfung von Covid-19 aufgeföhren; darunter Ausgangssperren, Grenzschließungen und eine stärkere Überwachung des öffentlichen Raums sowie ihrer Bevölkerung. Viele Länder der Region greifen dabei auf ein altbewährte Mittel im Umgang mit politischen Krisen zurück: das Militär. Krisensituationen und Notstände wie die aktuelle Pandemie stärken zudem systemübergreifend die Befugnisse der Exekutive. Vorstellbar sind auch längerfristig erweiterte Beschränkungen von Presse- und Meinungsfreiheit unter dem Vorwand der Verbreitung von Panik oder Falschinformationen sowie ein Erstarren staatlicher Sicherheitsapparate.

Zumindest kurzfristig drohen sich damit autoritäre Tendenzen zu verschärfen. Die im Rahmen der Krise ausgerufenen Maßnahmen haben bereits jetzt die Straßenmobilisierung regierungskritischer Protestbewegungen in der Region, etwa in Algerien oder im Libanon, bis auf weiteres zum Erliegen gebracht.

Stressfaktor Arbeitslosigkeit und Rentierstaatsmodell

Auch wenn es gelingt, eine unmittelbare öffentliche Gesundheitskrise abzuwehren, kann die Corona-Pandemie die Region dennoch in eine schwere Wirtschaftskrise stürzen. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Virus-Ausbreitung schaden bereits jetzt wichtigen beschäftigungsintensiven Sektoren wie dem Tourismus und drohen, die ohnehin hohen Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe schnellen zu lassen; bei gleichzeitigen Absenkungen von Löhnen und Investitionen. Soziale Isolation und Ausgangssperren sind für viele Beschäftigte, besonders in informellen Wirtschaftssektoren, existenzbedrohend. Eine Verschlechterung der sozioökonomischen Bedingungen bedroht den sozialen Frieden in vielen Ländern. Zusätzlich zum Stillstand nationaler Wirtschaften durch die Pandemie sind die Ölexporteure der Region von den niedrigeren Ölpreisen betroffen. Die Rezessionen in China und den Vereinigten Staaten – wichtige Quellen für ausländische Direktinvestitionen in den arabischen Ländern und Triebkraft der Nachfrage nach dem Öl, dem wertvollsten Kapital der Region – werden sich nachteilig auswirken. Geringe Exporteinnahmen werden die Staatshaushalte unter Druck setzen.

Schließlich gilt es, die internationale Dimension der Corona-Krise in der Region im Blick zu behalten. Manche Länder, wie beispielsweise der Libanon oder Jordanien, sind stark von internationaler Unterstützung abhängig, die bisher vor allem aus dem Westen und den arabischen Golf-Staaten kommt. Schon jetzt lässt sich beobachten, wie sich China mit medizinischen Hilfslieferungen engagiert.

Covid-19 im Nahen Osten und Nordafrika – ein Überblick

Im Folgenden finden sich – in geographischer Reihung – länderspezifische Lageanalysen zur Corona-Krise. Bei den Statistiken zu Infizierten- und Todesfällen durch Covid-19 ist zu beachten, dass aufgrund von geringen Testkapazitäten und einer mangelnden Berichterstattung über das öffentliche Gesundheitssystem eine hohe Dunkelziffer besteht und registrierte Fälle nicht zwingend ein realistisches Lagebild widerspiegeln. Falls nicht anders angegeben beziehen sich die hier wiedergegebenen Zahlen auf den Stichtag 8. April 2020.

Die einzelnen Länderporträts orientieren sich an den folgenden vier Schwerpunkten: In einer Übersicht wird die aktuelle Lage im Land geschildert und auf die präventiven und reaktiven Maßnahmen der Regierungen und Behörden eingegangen. Eine darauf folgende politische Einordnung thematisiert das nationale Krisenmanagement und die Governance-Kapazität des jeweiligen Staates mit Blick auf die Corona-Pandemie. Anschließend werden mögliche oder bereits eingetretene wirtschaftliche, gesellschaftliche sowie innen- und außenpolitische Auswirkungen der Pandemie behandelt und abschließend der internationale Bezug in Politik und Öffentlichkeit bei der Pandemie-Bekämpfung dargestellt.

Länderportraits Nordafrika

Marokko

Steffen Krüger

Übersicht

Trotz der vergleichsweise wenigen Infektionsfälle hat die marokkanische Regierung frühzeitig Maßnahmen verhängt, die das öffentliche Leben stark einschränken. Entsprechend sind die Straßen leer, die meisten Geschäfte und Unternehmen geschlossen und Sicherheitskräfte überall präsent. Ob diese Strategie aufgehen wird, kann man erst in einiger Zeit beurteilen, die Gründe für die Maßnahmen sind allerdings klar: Eine Situation wie im benachbarten Spanien wäre für das marokkanische Gesundheitssystem eine kaum zu bewältigende Herausforderung.

Am 2. März wurde der erste Patient positiv auf das Coronavirus in Marokko getestet. Daraufhin reagierte die Regierung mit den folgenden Maßnahmen: Nachdem Reisebeschränkungen nur Risikogebiete betrafen, wurden zum 10. März der gesamte internationale Flugverkehr eingestellt und in den folgenden Tagen die Grenzen geschlossen. Ausnahmen bildeten die Sonderflüge für gestrandete Urlauber. Ab dem 14. März wurden Veranstaltungen mit mehr als fünfzig Personen untersagt, sämtliche Schulen und Bildungseinrichtungen geschlossen. Mit nur wenigen Tagen Vorlauf wurde zum 18. März eine Ausgangssperre für alle Bürger erlassen. Seit dem dürfen Personen nur noch mit Genehmigungen zu ihrem Arbeitsplatz fahren, bzw. Lebensmittel und Medikamente einkaufen. Überall kontrolliert die Polizei. Zu diesem Zeitpunkt gab es vierzig offizielle Coronafälle im Land.

In besonders dicht besiedelten Gegenden kann man wieder sogenannte Berrahs sehen, das waren in der Vergangenheit Ausrufer, die wichtige Nachrichten in der Öffentlichkeit verbreiteten. Die Berrahs von Heute sind mit Autos und Lautsprechern ausgestattet, warnen von den Gefahren der Ansteckung mit Corona und bitten die Menschen in ihren Wohnungen zu bleiben. Seit dem 7. April gibt es eine allgemeine Maskenpflicht. Dazu werden subventionierte Masken in den noch geöffneten Läden und Apotheken verkauft. Die allgemeine Lage ist ruhig, aber viele Marokkaner sorgen sich um die weitere Entwicklung im Land. Besonders betroffen sind die Wirtschaftsbereiche: Landwirtschaft, Tourismus, sowie die Automobil- und Textilindustrie.

In der Landwirtschaft sind besonders viele Menschen beschäftigt und die Exporte vor allem nach Europa bringen wichtige Devisen. Die ausgebliebene letzte Regenzeit traf den Sektor hart und die Produktion ging signifikant zurück. Der Warenverkehr ist bisher noch nicht eingestellt, allerdings ist der Handel mit den europäischen Staaten zurückgegangen.

Der Tourismus als eines der Hauptwirtschaftszweige des Landes ist komplett eingebrochen. Alle Hotels, Restaurants, Cafés und Transportunternehmen sind geschlossen. In den deutschen Medien wurde ausführlich über die 4.000 gestrandeten deutschen Urlauber berichtet, die mit Sondermaschinen nach der Flugsperre ausgeflogen wurden. Einige Reisende, die mit ihren Wohnmobilen im Land unterwegs waren und es nicht rechtzeitig zur Grenze schafften, stecken immer noch fest. Schätzungen des marokkanischen Tourismusverbandes gehen von Verlusten von über drei Milliarden Euro allein in diesem Jahr aus. Die Auto- und Textilindustrie produziert meist für internationale Unternehmen für den Export. Die größten Betriebe sind geschlossen. Die Arbeiter erhalten eine Sozialhilfe. In einigen Textilfirmen wurde die Produktion auf Atemschutzmasken umgestellt. Laut Angaben der Regierung werden täglich ca. vier Millionen Atemschutzmasken genäht.

Politische Einordnung

Die marokkanische Regierung hatte Anfang März eine Notstandsverordnung in Absprache mit den zuständigen Abgeordneten in den Parlamentsausschüssen entwickelt, die im Allgemeinen von den Parteien, der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit eine Zustimmung fand. Eine parlamentarische Debatte fand allerdings nicht statt. Die Notstandsverordnungen betreffen die folgenden drei Bereiche:

Etablierung eines Solidaritätsfonds, Strafmaßnahmen gegen die Verbreitung von Falschnachrichten, sowie die oben genannten Einschränkungen aufgrund von Corona.

Der Solidaritätsfonds wurde offiziell vom marokkanischen König ausgerufen und soll vor allem für soziale Leistungen verwendet werden. Durch öffentliche Gelder, Spenden von Unternehmen und Privatpersonen sowie internationale Gelder konnten bisher drei Milliarden Euro gesammelt werden. Das entspricht ca. 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit ist Marokko unter den vordersten Staaten weltweit hinsichtlich der Ausgaben dieser Art. Die EU unterstützt diesen Fonds mit 150 Millionen Euro. Eingesetzt wird er vor allem für Ausfälle von Einkommen bei bedürftigen Personen und Unternehmen. Für Personen, die bei der Sozialkasse CNSS gemeldet sind und während der Krise kein Einkommen haben, gibt es eine Zahlung von ca. 200 Euro pro Monat. Unternehmen in Not erhalten Zahlungsaufschübe und günstige Kredite. Selbst Personen, die im informellen Sektor tätig – also nicht steuerlich gemeldet – sind, sollen über ein Online-System Unterstützung bekommen. Ob und wie der Staat mit diesen registrierten Personen umgeht, dazu wurde bisher noch nichts bekannt. Im Allgemeinen ist das Interesse an diesen Zahlungen hoch, da viele Personen kaum über Kapitalreserven verfügen und trotz vieler Subventionen die Lebenskosten gestiegen sind. Direkte und indirekte Auswirkungen der Krise auf die nationale Wirtschaft werden von der Kommission zur Überwachung der Wirtschaft (frz. Comité de Vielle Economique) überwacht.

Gegen die Verbreitung von Falschnachrichten über Corona wurden Strafmaßnahmen in den Notstandsverordnungen festgelegt. Die Strafen sind hoch und beinhalten sogar Haftstrafen. Ein bekannter Fall war die Inhaftierung des Salafisten Abou Naïm, der behauptete, die Corona-Pandemie sei eine Erfindung und der Staat würde sich mit den Vorschriften zu Moscheen-Schließungen von der Religion abwenden. Damit sprach er das in der Bevölkerung sensible Thema der Schließung von Moscheen und damit der Einschränkungen des gemeinsamen Gebets an. Zu Beginn der Einschränkungen waren religiöse Zusammenkünfte davon noch ausgenommen.

Neben den Verhaftungen wegen Falschmeldungen gibt es allerdings weitreichende Maßnahmen um die wesentlichen Einschränkungen in der Öffentlichkeit durchzusetzen. Bis Anfang April gab es bereits über 8.000 Verhaftungen von Menschen, die sich nicht an die Vorschriften gehalten hatten. Innerhalb kurzer Zeit hat das Innenministerium Krisenstäbe in den 75 Präfekturen Marokkos geschaffen und ist auch ansonsten sehr präsent in der Öffentlichkeit. Hauptansprechpartner für die Bevölkerung ist der sogenannte Moqqadem, ein Beamter, der für die Nachbarschaft zuständig ist und eine ähnliche Funktion wie ein Abschnittsbevollmächtigter in der ehemaligen DDR hat. Der Moqqadem entscheidet beispielsweise, ob man eine Ausgangsgenehmigung erhält und berichtet über die Zustände in seinem Gebiet.

Die Coronakrise traf das marokkanische Gesundheitssystem völlig unvorbereitet. Augenzeugen berichten von teilweise chaotischen Zuständen, aber auch von einem starken Engagement des Personals in den Krankenhäusern. Laut den lokalen Medien gibt es 1.200 Krankbetten, die zur Behandlung von Covid-19-Infektionen verfügbar sind. Durch neugebaute Notlazarette versucht die Regierung diese Anzahl zu erhöhen. Ein großes Projekt ist derzeit der Bau eines Lazaretts in der stark betroffenen Region Casablanca. Zudem wurden Screeningkits für die dringend notwendigen Tests in Südkorea bestellt. Seit Ausbruch der Krise wurden in Marokko weniger als 5.000 Tests durchgeführt. Eines der langfristigen Probleme sind die vielen Ausfälle im nationalen Bildungssystem. Mit Online- und TV-Angeboten versuchen die Einrichtungen, den Lehrstoff weiter zu vermitteln. Allerdings verfügen nicht alle Haushalte über die entsprechenden Mittel, vor allem in den ärmeren Bevölkerungsschichten.

Auswirkungen und Ausblick

Nach zwei Wochen Ausgangssperre beginnt nun die Zeit der Überlegungen, wie die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nach Corona bewältigt werden können. Alle wichtigen Wirtschaftszweige sind betroffen. Experten gehen von einer Krise aus, wie sie es seit dreißig Jahren nicht mehr in Marokko gegeben hat. Besonders schwierig ist die Situation für die vielen Kleinunternehmer, Selbstständige und Menschen, die im informellen Sektor arbeiten. Die Regierung hat einige Hilfsprogramme gestartet und

diese mit vergleichsweise hohen Mitteln ausgestattet. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese geeignet sind, die absehbaren sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten abzufedern.

Eine der positiven Auswirkungen ist laut Experten eine Aufstockung der Kapazitäten im Gesundheitssektor. Bereits jetzt ist abzusehen, dass das Budget in diesem Jahr auf mindestens 1,8 Milliarden Euro erhöht wird. Im Vorjahr betragen die Ausgaben 1,6 Milliarden Euro. Allerdings ist der Bedarf weitaus höher, insbesondere für die Menschen, die bisher keine Hilfen im Notfall bekommen. Ähnlich wie in anderen Staaten gibt es Überlegungen, die Kapazitäten im Bereich Forschung und Gesundheit auszubauen. So wurde ein allgemeiner Zugang zum Gesundheitssystem ins Spiel gebracht. Der marokkanische König hatte Ende 2019 eine Kommission zur Erstellung eines neuen marokkanischen Entwicklungsmodells ins Leben gerufen. Die Coronakrise wird auf deren Beratungen sicher erheblichen Einfluss haben.

Internationaler Bezug

Abgesehen von den 150 Million Euro EU-Hilfsmittel für das staatliche Unterstützungsprogramm gibt es mit den Nachbarstaaten in Europa und Nordafrika keine nennenswerten Kooperationen, die Grenzen sind geschlossen. Das Außenministerium kümmert sich derzeit mit hohem Engagement um die gestrandeten Marokkaner in den verschiedenen Ländern.

Besonders hart betroffen sind die vielen Migranten in Marokko. Migration findet in Marokko auf verschiedenen Ebenen statt. Marokko gilt als Ursprungsland für Migranten nach Europa, die USA und Kanada. Es kommen Migranten aus Afrika und Asien in Marokko an, um dort zu bleiben oder weiter nach Europa zu reisen. Migranten, die sich derzeit ohne Aufenthaltsstatus in Marokko aufhalten, sind in einer schwierigen Lage. Für viele der im informellen Sektor Beschäftigten fallen die Einkünfte weg. Der Zugang zu sozialen und medizinischen Leistungen ist für diese Menschen in Marokko sehr begrenzt. Aufgrund der Notstandsverordnungen wurde der Legalisierungsprozess für Ausländer ausgesetzt. Aufgrund der zu erwartenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme wird das Thema Migration sicherlich eine neue Dynamik entfalten.

Algerien

Dr. Holger Dix, Nora Beldjoudi

Übersicht

Algerien verzeichnet einen schnellen Anstieg der Zahl mit Covid-19 infizierten Personen und ist nach Südafrika das vom Virus am stärksten betroffene Land des afrikanischen Kontinents. Bis zum 7. April wurden 1.468 Corona-Fälle in 43 der insgesamt 48 Bezirke des Landes gemeldet. 193 Menschen sind bis zu diesem Zeitpunkt dem Virus zum Opfer gefallen. Begonnen hatte die Ausbreitung der Krankheit am 25. Februar, als ein italienischer Staatsangehöriger im Bezirk Blida positiv auf das Virus getestet wurde. Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, herrscht in Algerien eine nächtliche Ausgangssperre, Versammlungen von mehr als zwei Personen sind verboten, jegliche Versammlungsorte wurde mit der Ausnahme von Lebensmittelgeschäften geschlossen und in der Öffentlichkeit ein Mindestabstand zwischen Personen verordnet. Massenereignisse wie Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen, politische Versammlungen und Messen wurden untersagt und Bildungseinrichtungen bis zum 19. April geschlossen. Bis auf weiteres geschlossen bleiben auch Moscheen, gemeinsame Gebete sind untersagt. Der städtische und regionale Transport von Personengruppen sowie die Flugverbindungen nach Europa und eine Reihe weiterer Länder wurden eingestellt.

Politische Einordnung

Zum Management der Krise wurde eine nationale Kommission sowie ein wissenschaftlicher Ausschuss unter Leitung des Gesundheitsministers eingerichtet, welche die Öffentlichkeit über die Lage informieren, Statistiken bereitstellen und Verhaltensmaßnahmen vermitteln sollen. Die Kapazitäten zum Nachweis des Virus wurden deutlich erhöht. Neben dem Institut Pasteur, welches bislang täglich nur bis zu 130 Tests durchführen konnte, wurden drei weitere Labore und viele weitere Testmöglichkeiten geschaffen.

Die algerische Regierung reagierte schnell und umfassend auf die Krise und betont dabei das Vertrauen in die Stärke des eigenen Landes. So erklärte Staatspräsident Tebboune, Algerien würde über noch nicht ausgeschöpfte materielle, finanzielle und organisatorische Mittel verfügen, um Covid-19 zu begegnen. Das Land könne bis zu einer Milliarde US-Dollar zur Bekämpfung des Virus investieren und die Situation sei daher unter Kontrolle.

Diese Zuversicht wurde allerdings von Teilen der Bevölkerung nicht geteilt, die sich panikartig mit Gesichtsmasken und Desinfektionsmitteln eindeckten, bis diese nicht mehr lieferbar waren. Offenbar konnte sich der Staatspräsident, der erst seit wenigen Monaten im Amt ist, noch keinen ausreichenden Vertrauensvorschuss erarbeiten, der sein Krisenmanagement unterfüttern würde. Inzwischen erreichte eine Lieferung aus China mit 8,5 Millionen Mund-Nase-Schutzmasken, 100.000 filtrierenden Halbmasken sowie 30.000 Corona-Testkits Algerien.

Einige besorgte Algerier befürchten anders als der Präsident, das Gesundheitssystem des Landes könnte schnell überfordert sein und fordern schärfere Restriktionen wie eine allgemeine Ausgangssperre. Die Zahl von nur 2.500 für Infektionskrankheiten geeigneten Betten und 460 Betten in den Intensivstationen lässt vermuten, dass die Sorgen in der Bevölkerung nicht unbegründet sind.

Auswirkungen und Ausblick

Die Corona-Krise trifft Algerien in einer Zeit großer politischer und wirtschaftlicher Verwerfungen. Der durch Massenproteste erzwungene Rückzug des früheren Staatspräsidenten Bouteflika und das anschließende zähe Ringen um seine Nachfolge haben die Entwicklung der politischen Kultur des Landes zuletzt stark geprägt, das Vertrauen in die Politik geschwächt und die Defizite der politischen Führung des Landes aufgezeigt. Die Hiraq genannten Massenproteste gingen auch nach der Wahl Tebbounes zum Staatspräsidenten weiter und dokumentierten so die Gräben, die zwischen großen Teilen der Bevölkerung und ihren politischen Repräsentanten weiter bestehen. Erst das Versammlungsverbot zur Eindämmung der Infektionsgefahr beendete die Demonstrationen einstweilen. Indem es die politische Führung des Landes in ihrer politischen Kommunikation nun vermeidet, die Bevölkerung auf die Tragweite der Situation einzustimmen, wird die Fortsetzung dieser Vertrauenskrise wahrscheinlich.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind schon jetzt erkennbar und verstärken die ohnehin bestehende wirtschaftliche Krisensituation des Landes. Die neue Regierung hatte schon vor der jetzigen Krise unter dem Motto „Engagiert für den Wechsel, fähig ihn umzusetzen“ zahlreiche Maßnahmen wie die Diversifizierung der Wirtschaft durch die Entwicklung von Wirtschaftszweigen außerhalb des Erdölsektors, den Ersatz von Importen durch lokale Produkte, die Förderung von Start-ups, die Öffnung für ausländische Direktinvestitionen und Steuerentlastungen für Geringverdiener angekündigt. Die Notwendigkeit für solche Reformen wird durch die Pandemie noch dringlicher, die politischen Handlungsspielräume für deren Umsetzung aber zunächst enger. Der algerische Haushalt finanziert sich zum größten Teil aus den Einnahmen der Ölproduktion, wobei das Haushaltsgesetz 2020 auf einem Preis von 50 US-Dollar pro Barrel basiert (bei einem derzeitigen Preis auf dem Röhöl-Markt von 33 US-Dollar). Experten wie der Vorsitzende der Union Junger Investoren gehen davon aus, dass durch virusbedingten Stillstand der Wirtschaft 90.000 Unternehmen vor der Pleite stehen. Die schon jetzt bei 11 Prozent liegende Arbeitslosigkeit dürfte sich weiter erhöhen.

Internationaler Bezug

Der Umgang mit der Krise verdeutlicht auch erneut die internationale Anbindung des Landes. Die breite Öffentlichkeit beobachtet den Umgang anderer Länder mit dem Corona-Virus, insbesondere in Frankreich, Italien und Spanien. Deutschland und Südkorea werden als Länder betrachtet, deren Beispielen des Krisenmanagements man folgen sollte. Unverständnis gab es zuletzt für die Europäische Union, die Hilfen für Algeriens Nachbarländer Marokko und Tunesien eingeleitet hat, Algerien aber aussparte. China hingegen hat durch das Angebot, in Algier ein Krankenhaus zu bauen, durch die Entsendung von medizinischem Personal und durch die Lieferung von Masken und Beatmungsgeräten weiter viel Sympathie in Algerien gewonnen.

Deutlich schlechter steht es um die ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen Algerien und Frankreich, nachdem der französische Fernsehsender France24 einen kritischen Bericht über das aus der Sicht eines Experten unzureichend Krisenmanagement Algeriens veröffentlichte, in dem auch von einer zu sehr an den eigenen Interessen orientierte Corona-Hilfe Chinas gesprochen wurde. Der Bericht führte zur Einbestellung des französischen Botschafters durch das algerische Außenministerium. Vorab hatte sich die chinesische Botschaft in Algier mit einer Pressemitteilung ebenfalls über diese Berichterstattung beschwert.

Tunesien

Dr. Holger Dix

Überblick

Die tunesische Regierung bewertet das Risiko einer schnellen Ausbreitung des Corona-Virus in Tunesien als sehr hoch und hat seit dem 12. März 2020 eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Tests werden bislang nur gezielt vorgenommen, bislang wurden bei 8.274 getesteten Personen 623 Infektionen gemeldet. Dreiundzwanzig Menschen sind bisher an den Folgen des Virus verstorben.

Tunesien hat schnell und entschieden auf die Pandemie reagiert und dabei der Gesundheitsvorsorge zunächst Priorität vor anderen Politikbereichen eingeräumt. Die erst seit wenigen Wochen bestehende Regierung unter der Führung von Elyes Fakhfakh verfolgt eine Strategie, die neben den gezielten Tests in Verdachtsfällen auf Selbstisolierung und Ausgangssperren setzt. Seit dem 23. März herrscht in der Zeit von 18 Uhr bis 6 Uhr eine solche, streng überwachte Ausgangssperre. Tagsüber gelten Ausgangsbeschränkungen, denen zufolge die Wohnung nur für die Arbeit in ausgewählten Funktionen und zur Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Einkaufen und dringende medizinische Versorgung verlassen werden darf. Cafés, Bars, Restaurants und Geschäfte, die nicht der Beschaffung dringend notwendiger Lebensmittel dienen, sind geschlossen. Der internationale Flugverkehr wurde mit der Ausnahme von Rückholflügen eingestellt und die Landesgrenzen sind nur noch für Warenverkehr geöffnet.

Politische Einordnung

Die Regierung kommuniziert die mit dem Virus verbundene Gefahr nachdrücklich und sanktioniert Vergehen gegen die Ausgangsbeschränkung hart. Trotz dieser Strafen – seit Beginn der Ausgangssperren wurden wegen Verstößen dagegen über 1.200 Personen verhaftet und fast 1.000 Fahrzeuge beschlagnahmt, deren Fahrer über keine Autorisierung zur Fahrt verfügten - hält sich die tunesische Bevölkerung nach Ansicht des Gesundheitsministers derzeit nicht ausreichend an die Beschränkungen. Tatsächlich zirkulieren in den sozialen Medien zahlreiche Nachweise von Verstößen gegen die Ausgangsbeschränkungen. In einem emotionalen Appell beschrieb der Gesundheitsminister

Mekki am 7. April die katastrophalen Folgen der Pandemie, sollte sie nicht eingedämmt werden können. Man riskiere viele Menschenleben und die Zerstörung des bisher Erreichten. Er drohte darüber hinaus mit einer weiteren Verschärfung der Maßnahmen zu Eindämmung der Ausbreitung des Virus. So sollen Covid-19-infizierte Personen, die sich nicht an die Isolierung halten, künftig wegen Gefährdung Anderer und fahrlässiger Tötung strafrechtlich verfolgt werden können.

Die Regierung verstärkt inzwischen auch die Signale in Richtung Wirtschaft und Gesellschaft und entwickelt Hilfsangebote, denen allerdings angesichts der ohnehin prekären Lage des Staatshaushaltes enge Grenzen gesetzt sind. Für ca. 120.000 Rentner, deren Rente weniger als 180 Tunesische Dinar (ca. 60 Euro) beträgt, wurde eine Aufstockung um 100 Dinar beschlossen. Ein Hilfsfond wurde eingerichtet und für besonders Arme eine Soforthilfe von 200 Dinar bereitgestellt.

Bei der Setzung der wirtschaftspolitischen Prioritäten gab es die in Tunesien häufig zu beobachtende Auseinandersetzung zwischen politischen Positionen, die Unternehmen jetzt noch stärker besteuern wollen, und solchen, die eine Entlastung und Unterstützung von Unternehmern fordern, um diese und die damit verbundene Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Die Heterogenität der jetzigen Regierungsmehrheit in wirtschaftspolitischen und vielen anderen politischen Fragen führt dazu, dass diese unterschiedlichen Positionen auch innerhalb des die Regierung unterstützenden Lagers bestehen und eine schnelle Entscheidungsfindung erschweren.

Regierungschef Fakhfakh hat auf diese Situation reagiert, indem er die Aktivierung des Artikels 70 der Verfassung in Gang setzte, um für eine begrenzte Zeit in ausgewählten Politikfeldern per Dekret regieren zu können. Dies hat nur kurzzeitig zu einer Verstimmung mit dem Parlament geführt, welches sich seiner Entscheidungsgewalt beraubt sah, und wurde in der Öffentlichkeit erstaunlich gelassen aufgenommen. Nachdem das Land seit der Revolution im Jahr 2011 politisch instabile Zeiten erlebt hat und politische Entscheidungen häufig verschleppt wurden, wiegt die Sorge vor mangelnder Entscheidungsfähigkeit jetzt offenbar größer als die Sorge vor einer autoritärer Regierungsführung.

Auswirkungen und Ausblick

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise werden zunehmend sichtbar und sind dramatisch. Das Meinungsforschungsinstitut Emrod hat am 2. April die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage veröffentlicht, wonach 47 Prozent der Befragten angaben, schon jetzt materiell schwer unter den Folgen der zur Bekämpfung des Virus ergriffenen Maßnahmen zu leiden. Besonders betroffen sind demnach Selbständige. Nach einer vom Arabischen Institut der Unternehmensleiter (IACE) am 1. April veröffentlichten Studie haben drei Viertel der Befragten angegeben, dass ihre Aktivitäten durch die Corona-Krise Schaden nehmen. Im Bereich der Serviceleistungen trifft dies sogar auf 90 Prozent der Befragten zu, die einen Rückgang der Umsätze um 70 Prozent erwarten.

Gravierend sind die Folgen vor allem für den Transport- und den Tourismussektor. So entzieht das Verbot von Sammeltaxen den vielen dort Beschäftigten die Einkommensgrundlage. Die Einstellung der Flugverbindung nach Europa und die Absage der islamischen Pilgerfahrt nach Mekka verschärft die ohnehin prekäre Lage der staatlichen Fluggesellschaft Tunisair weiter. Die tunesische Tourismusbranche, die sich erst allmählich aus der durch die Terroranschläge verursachten Krise erholt, muss nun erneut mit einem Einbruch des Umsatzes rechnen, der anders als vorher auch nicht durch Touristen aus Algerien abgefedert werden kann.

Libyen

Simon Engelkes

Übersicht

Libyen hat bisher zwanzig bestätigte Fälle von Infektionen mit dem neuen Coronavirus gemeldet, darunter einen Todesfall. Die Luft-, Land- und Seegrenzen sind für den Personenverkehr gesperrt, es gilt eine landesweite halbtägige Ausgangssperre und der inländische Überlandverkehr ist unterbunden. Angesichts der weltweiten Ausbreitung von Covid-19 hatte die international anerkannte Einheitsregierung in Tripolis bereits Mitte März den nationalen Notstand ausgerufen. Schulen und Universitäten, Restaurants, Cafés und Moscheen wurden geschlossen und alle öffentlichen Versammlungen und Veranstaltungen ausgesetzt. Nur noch Lebensmittelläden dürfen geöffnet bleiben. Die Parallelregierung in Ost-Libyen verkündete fast identische Präventionsmaßnahmen.

Das National Center of Disease Control (NCDC) bestätigte am 25. März bei einem Rückkehrer aus Saudi Arabien den ersten Fall einer Infektion. Der Leiter der nationalen Seuchenschutzbehörde warnte angesichts eines Mangels an Quarantänemöglichkeiten, Medikamenten und medizinischer Grundausrüstung, Libyen sei nicht in der Lage, dem Virus zu begegnen. Für die sechs Millionen Einwohner bestehen kaum Testmöglichkeiten – bislang wurden laut Angaben des NCDC erst 312 Tests durchgeführt. Bereits vor der Krise reisten Libyer für ihre Behandlung teilweise ins Ausland, was durch die Pandemie-bedingten Grenzsicherungen nun nicht mehr möglich ist und das Gesundheitssystem zusätzlich strapaziert.

Die Einheitsregierung hat den ost- und westlibyschen Gemeinden 75 Millionen libysche Dinar (47 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt sowie 500 Millionen Dinar (940 Millionen Euro) für Präventionsmaßnahmen zugesagt. In Abwesenheit einer ausgearbeiteten Strategie zur Seuchenbekämpfung besteht jedoch die Gefahr, dass dieses Geld in den fragilen öffentlichen Strukturen des Landes versickern könnte. Ein interministerieller Arbeitskreis soll weitere Maßnahmen koordinieren. Auch der Premierminister der Parallelregierung im Osten gründete derweil einen Ausschuss, der Desinfektionskampagnen im Land durchführen soll.

Während sich das Virus langsam im Land ausbreitet, läuft der Bürgerkrieg weiter. Die Vereinte Nationen-Unterstützungsmission (VN) in Libyen rief alle Konfliktparteien wiederholt zur sofortigen Einstellung von Kampfhandlungen auf, um den Gesundheitsbehörden die Bekämpfung des Ausbruchs zu ermöglichen. Der ostlibysche General Khalifa Haftar hat seine Offensive auf die Hauptstadt derweil verstärkt und bombardiert Tripolis. Die Milizen kämpfen unbeeindruckt vom Virus mit Gesichtsmasken weiter. Ausländische Söldner aus Syrien, dem Tschad und dem Sudan, die auf beiden Seiten kämpfen, sind zusätzlich zu den inländischen Truppenbewegungen ein weiterer Risikofaktor für die Ausbreitung der Pandemie in Libyen.

Politische Einordnung

Ein Jahr nach Beginn des Angriffs der libyschen Nationalarmee (LNA) unter dem Kommando von Khalifa Haftar auf die bevölkerungsreichste Region des Landes ist die libysche Bevölkerung sehr anfällig für einen Ausbruch der Pandemie. Der Konflikt hat das ohnehin schwache Gesundheitssystem stark beeinträchtigt. Viele Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen in konfliktnahen Gebieten sind beschädigt oder geschlossen worden. Das Al-Khadra-Krankenhaus in Tripolis wurde mehrfach durch LNA-Kräfte bombardiert. Ärzte und Ersthelfer mit

infektionspräventiver Ausbildung auf beiden Seiten werden regelmäßig an die Front zurückgerufen, um Kriegsverwundete zu versorgen. Erschien es zu Beginn noch als würde der konfliktbedingte Mangel an einreisenden Ausländern Libyen vor einem Ausbruch des Coronavirus bewahren, stellt seine Ausbreitung die beiden Parallelregierungen im Land – zusätzlich zum bewaffneten Konflikt und einer anhaltenden Blockade der Ölfelder – auf eine weitere Probe. Bei einer Vielzahl an Herausforderungen ist die Kapazität des staatlichen Krisenmanagements eingeschränkt und die Befürchtung liegt nahe, dass die öffentlichen Gesundheitssysteme bei weiter zunehmender Belastung zusammenbrechen könnten.

Zusätzlich zu der Überlastung des Gesundheitssystems erschweren die andauernden Kampfhandlungen die medizinische Versorgung. Anfang April wurde ein militärisches Frachtflugzeug der LNA von Kräften der Einheitsregierung südlich von Tripolis abgeschossen. Der Sprecher der LNA-Streitkräfte verkündete, das Flugzeug habe medizinische Hilfsgüter zur Virusbekämpfung transportiert, während die Einheitsregierung von einer Munitionslieferung sprach. An der Intensivierung der Kampfhandlungen ist des Weiteren abzulesen, dass die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Gegenseite beide Konfliktparteien animiert, den Ausbruch des Virus für Gebietsgewinne auszunutzen. General Haftar nutzt die aktuelle Krisenlage zudem dafür, die autoritären Stellschrauben über LNA-kontrollierte Gebiete enger zu ziehen. Der von ihm ernannte Corona-Beauftragte verkündete, jede Kritik an seinem Krisenmanagement werde als Hochverrat betrachtet und mit Haftstrafen geahndet.

Neben den militärischen Auseinandersetzungen stehen einer effektiven Seuchenbekämpfung auch die politischen Spaltungen im Weg. Während vierzig Gemeinden im Westen des Landes die ihnen von der Einheitsregierung zugewiesenen Mittel zur Corona-Bekämpfung begrüßten, wiesen mehrere Gemeinden sie als unzureichend zurück. Der Vorsitzende des Hohen Staatsrats der Einheitsregierung forderte, den Gemeinden unter LNA-Kontrolle nur Sachmittel, jedoch kein Geld, zur Verfügung zu stellen. Das westlibysche Gesundheitsministerium meldete die Lieferung von fünfzig ausgestatteten Krankenwagen an verschiedene Gemeindeverwaltungen durch die Einheitsregierung sowie mehrerer Beatmungsgeräte ins ostlibysche Tobruk.

Auswirkungen und Ausblick

Laut dem Global Health Security Index der Johns-Hopkins-Universität zählt Libyen zu den weltweit am schlechtesten auf die Epidemie vorbereiteten Ländern (Platz 168 von 195). Auch die Weltgesundheitsorganisation sieht das Land einem hohen Risiko ausgesetzt. Ein Anstieg der Infektionsrate hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, die aufgrund des anhaltenden Bürgerkriegs bereits jetzt vor einem erschwerten Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen steht. Die Miet-, Lebensmittel- und Treibstoffpreise sind immens angestiegen und für die Bewohner der Hauptstadt ist es unter Artilleriebeschuss schwer möglich, unter jeden Umständen zu Hause zu bleiben. Besonders verwundbar sind die hunderttausenden Binnenvertriebenen und schätzungsweise 700.000 Migranten und Flüchtlinge, die in überfüllten Behelfsunterkünften und Internierungslagern unter prekären Lebensbedingungen untergebracht sind. Für sie ist die von der Regierung angeordnete soziale Distanzierung unmöglich. Humanitäre Hilfsorganisationen wie das VN-Flüchtlingshilfswerk sind bisher weiterhin in Libyen tätig, doch die Bereitstellung von Hilfe wird durch die verschlechterte Sicherheitslage und dadurch heruntergefahrenen Präsenz vor Ort stark eingeschränkt. Würde es zu einer landesweiten Ausbreitung von Covid-19 kommen, stünde Libyen vor einer weiteren humanitären Katastrophe.

Viele der militärischen und politischen Führer in Libyen sind, wie General Haftar mit 76, zudem weit über sechzig Jahre alt. Eine landesweite und unkontrollierte Ausbreitung könnte daher die politische Elite im Land gefährden. Anfang April verstarb bereits der ehemalige post-revolutionäre Premierminister Libyens, Mahmoud Jibril, in Kairo in Folge einer Erkrankung an Covid-19. Auch wenn politische Parteien im aktuellen Konflikt an Bedeutung verloren haben, so spielte Jibril als Vorsitzender einer der größten politischen Parteien in Libyen, der National Forces Alliance, eine konstruktive Rolle im libyschen Friedensprozess. Auf politischer Ebene könnte die Pandemie gleichzeitig auch eine Chance auf, zumindest temporäre, nationale Aussöhnung bieten und die Konfliktparteien in ihrem Kampf gegen das Virus als gemeinsamen Widersacher vereinen. In Anbetracht der Fortsetzung von Kampfhandlungen trotz einer von den VN eingeforderten humanitären Waffenruhe erscheint dies zum jetzigen Zeitpunkt jedoch unwahrscheinlich.

Beide Konfliktparteien werden trotz eines internationalen Waffenembargos und einer neuen EU-Überwachungsmission im Mittelmeer weiterhin von ausländischen Staaten mit Kriegsmaterial und Personal beliefert. Die ausländischen Unterstützer der Bürgerkriegsparteien, allen voran die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten, sind zur Zeit jedoch mit der Eindämmung des Coronavirus in ihren eigenen Ländern beschäftigt. Dies könnte sich auf die Versorgungslage der libyschen Widersacher auswirken. Eventuelle Lieferengpässe könnten dadurch wiederum militärische Folgen zugunsten einer der beiden Seiten haben.

Sollten die Ölpreise auf dem Weltmarkt weiterhin Corona-bedingt auf ihrem derzeitigen niedrigen Niveau bleiben, könnte auch dies Auswirkungen auf Libyen haben. Öl ist die Haupteinnahmequelle des Landes mit den größten Reserven auf dem afrikanischen Kontinent. Seit Mitte Januar haben LNA-Kräfte die Ölhäfen allerdings blockiert und die Produktion ist stark zurückgegangen. Dadurch ist die libysche Zentralbank in Tripolis, welche die staatlichen Institutionen im ganzen Land ebenso finanziert wie die Gehälter der öffentlichen Angestellten – auch im Gesundheitssektor – von notwendigen Einnahmen abgeschnitten.

Internationaler Bezug

Ende März boten chinesische Regierungsvertreter der Einheitsregierung ihre Unterstützung im Kampf gegen die Pandemie an. Vertreter des libyschen Gesundheitsministeriums wurden zudem über die Möglichkeit von Fernausbildungen unterrichtet. Der chinesische Präsident Xi Jinping erklärte, dass China Libyen mit den notwendigen medizinischen Gütern versorgen werde; wie genau dies umgesetzt werden soll, ist bisher jedoch noch unklar. Die US-Botschaft in Libyen gab bekannt, dass die USA sechs Millionen US-Dollar an humanitärer Hilfe für Libyen bereitstellen würden, um auf die Covid-19-Pandemie reagieren zu können. Nach Auskunft des westlibyschen Gesundheitsministeriums landete Anfang April ein Frachtflugzeug mit Schutzausrüstungen in Tripolis. Über die Herkunft der Lieferung wurden jedoch keine Angaben gemacht. Internationale Hilfsorganisationen wie das VN-Flüchtlingshilfswerk stellen Generatoren, Krankenwagen und Zeltkliniken zur Unterstützung der lokalen Gesundheitsdienste zur Verfügung und sensibilisieren Flüchtlinge und Asylsuchende sowie die allgemeine Bevölkerung durch Plakate, Textnachrichten und soziale Medien. Ihre Arbeit wird durch den Konflikt jedoch stark beeinträchtigt: der Zugang ihrer Mitarbeiter ist eingeschränkt, Luftschläge und Artilleriefeuer treffen medizinische Einrichtungen.

Ägypten

Abteilung Naher Osten und Nordafrika

Übersicht

Die erste bestätigte Covid-19-Infektion in Ägypten wurde nach Angaben der Behörden am 14. Februar bei einem Chinesen am Kairoer Flughafen gemeldet. Inzwischen liegt die Zahl bei über 1.400 Infizierten und 94 Toten mit einem täglichen Anstieg um ca. 10 Prozent. Aufgrund der wenigen durchgeführten Tests (25.000 bis zum 25. März) ist allerdings eine hohe Dunkelziffer zu vermuten. Ab Ende Februar wurden mehrere Touristen nach ihrer Rückkehr aus Ägypten positiv getestet, darunter Personen aus den USA, Tunesien, Frankreich und Kanada. Als Infektionsquelle wurde ein Nilkreuzfahrtschiff vermutet, auf dem Anfang März 33 Passagiere und Besatzungsmitglieder positiv getestet und unter Quarantäne gestellt wurden.

Erst Mitte März reagierten die ägyptischen Behörden mit der Schließung von Schulen und Universitäten. Ab dem 19. März wurden der internationale und nationale Flugbetrieb eingestellt sowie Restaurants, Cafés und Nachtclubs geschlossen. Kurz darauf folgte auch die Schließung von Moscheen und Kirchen. Am 25. März trat eine zunächst auf zwei Wochen befristete nächtliche Ausgangssperre in Kraft. Hotels in den Touristenhochburgen am Roten Meer und in Oberägypten wurden geschlossen, mehrere stark betroffene Dörfer unter Quarantäne gestellt. Eine allgemeine Ausgangssperre wird in Regierungskreisen diskutiert, aber aufgrund der befürchteten wirtschaftlichen Auswirkungen noch nicht eingesetzt.

Ein Expertenteam der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärte nach einer Inspektionsreise am 26. März, dass Ägypten mit den getroffenen Maßnahmen zwar gut reagiert habe, es aber trotzdem zu befürchten sei, dass ein starker Anstieg der Fallzahlen und insbesondere schwerer Krankheitsverläufe das ägyptische Gesundheitssystem überfordern könnte. Insbesondere die öffentlichen Krankenhäuser sind landesweit seit Jahren materiell und personell schlecht aufgestellt. Das Gesundheitsministerium hat eigenen Angaben zufolge landesweit die Bettenkapazität für Covid-19 auf ca. 2.000 Betten, darunter 600 Beatmungsplätze, aufgestockt und Quarantäne – sowie Isolationsstationen eingerichtet.

Nachdem Teile der Bevölkerung zu Beginn noch mit typisch ägyptischem Humor auf die Corona-Krise reagierten, nehmen inzwischen Sorge und Angst zu – viele Bürgerinnen und Bürger isolieren sich zu Hause oder versuchen sich durch das Tragen von Masken vor einer Ansteckung zu schützen. Hier scheinen die Kampagnen der Regierung, die über verschiedene Medienkanäle verbreitet werden, zu wirken. Die größte Herausforderung wird es sein, eine unkontrollierte Verbreitung in den urbanen Ballungszentren, insbesondere im Großraum Kairo mit annähernd 20 Millionen Einwohnern, zu verhindern. „Social Distancing“ ist ohne die Verhängung einer totalen Ausgangssperre kaum zu realisieren.

Politische Einordnung

Präsident Al-Sisi und das Militär stellen ihr Krisenmanagement öffentlichkeitswirksam dar. Das Militär hat Desinfektionsmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden und auf den Straßen durchgeführt, produziert in eigenen Fertigungsanlagen inzwischen Schutzausrüstung und Beatmungsgeräte.

Die staatsnahen ägyptischen Medien berichten durchwegs positiv über die Bemühungen der Regierung und des Militärs, die Ausbreitung des Virus aufzuhalten, die fehlende Pressefreiheit erlaubt aber keine kritischen Berichte. So verlor eine Journalistin, die in einem Artikel für die britische Zeitung The Guardian unter Bezug auf eine Studie der Universität Toronto von einer weit höheren Infektionsrate von mindestens 6.000 Personen berichtete, ihre Presseakkreditierung und musste das Land verlassen. Die Verbreitung von „Falschmeldungen“ über die Situation in Ägypten oder Kritik am Umgang der Regierung mit der Corona-Krise können mit Geld- und Haftstrafen bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Auswirkungen und Ausblick

Die Tourismusbranche, die mit über 12 Mrd. US-Dollar (2019) ca. 12 Prozent des Bruttosozialprodukts Ägyptens erwirtschaftet, sich erst im vergangenen Jahr von den starken Einbrüchen seit 2011 erholen konnte und für die laufende Saison mit Rekordeinnahmen gerechnet hatte, liegt seit Anfang März am Boden. Mit Blick auf die weltweiten Reisebeschränkungen und die zu erwartende Rezession in vielen Ländern ist nicht davon auszugehen, dass sich der Tourismussektor schnell erholen kann. Aufgrund der zu erwartenden Abschwächung des globalen Handels ist außerdem sowohl mit einem Rückgang der Einnahmen aus dem Suezkanal (5,7 Milliarden US-Dollar) als auch mit einer Verringerung der Rücküberweisungen von ägyptischen Migranten im Ausland zu rechnen. Letztere arbeiten vornehmlich in den Golfstaaten und schicken jährlich ca. 25 Milliarden US-Dollar zurück nach Ägypten. Damit sind gleich drei für die Wirtschaft und Deviseneinnahmen Ägyptens wichtige Bereiche von der Corona-Krise betroffen und es ist damit zu rechnen, dass sich die Devisenknappheit verstärken und die ägyptische Währung zunehmend unter Druck geraten wird. Dabei hatte sich das Land in den vergangenen Jahren erst langsam von den tiefen Einschnitten infolge des Hilfsprogramms des Internationalen Währungsfonds erholt, das zu einer starken Abwertung des ägyptischen Pfundes sowie einem Abbau von Subventionen und damit einhergehenden Preiserhöhungen geführt hat. Die ägyptische Regierung reagiert mit einem Hilfsprogramm in Millionenhöhe u. a. mit Steuerstundungen für die Tourismus- und Exportbranche aber auch mit Hilfszahlungen beispielsweise für Tagelöhner, die für drei Monate je 500 ägyptische Pfund (ca. 30 Euro) erhalten. Für das Programm haben sich bereits mehr als ein Millionen Menschen registriert. Große nationale Megaprojekte wie die für 2020 geplante Fertigstellung des neuen Museums und der Umzug der Ministerien in die neue Verwaltungshauptstadt wurden bereits verschoben.

Internationaler Bezug

Die Gesundheitsministerin Ägyptens reiste Anfang März mit einer Delegation nach China, um die Solidarität Ägyptens zum Ausdruck zu bringen, und schickte eine Lieferung mit medizinischen Hilfsgütern nach China. Auch nach Italien wurden zwei Lieferungen mit Hilfsgütern, Schutzmasken und -anzügen geschickt.

Sudan

Christina Baade

Übersicht

Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Fälle im Sudan liegt mit nur zehn Infizierten und zwei Toten im internationalen Vergleich sehr niedrig, kann aber für das krisengeplagte Land trotzdem katastrophale Auswirkungen haben, sollte eine Ausbreitung nicht aufgehalten werden können. Die Regierung reagierte schnell und untersagte ab 12. März die Einreise für Staatsangehörige u. a. aus Ägypten, China sowie den stark betroffenen Staaten Europas wie Frankreich, Italien und Spanien. Am 16. März rief der aus den Ministern für Gesundheit, Information und Inneres zusammengesetzte Ministerrat den landesweiten medizinischen Ausnahmezustand aus. Die Landgrenze zu Ägypten wurde geschlossen, der Flugverkehr eingestellt, Schulen und Universitäten geschlossen, eine nächtliche Ausgangssperre verhängt und größere Menschenansammlungen untersagt. Auf dem Seeweg aus den Golfstaaten rückkehrende Sudanesen wurden bei ihrer Ankunft im Hafen von Port Sudan ärztlich untersucht und gegebenenfalls unter Quarantäne gesetzt. Mehr als 4.000 Häftlinge, die wegen gewaltloser Delikte inhaftiert waren, wurden vorzeitig entlassen, um eine Ausbreitung des Virus in den überfüllten Gefängnissen zu vermeiden.

Politische Einordnung

Die Regierung agiert in der Krise sehr transparent. Der Gesundheitsminister hält täglich eine Pressekonferenz ab, um über die aktuelle Situation und die neuesten Maßnahmen zu informieren. In Kooperation mit dem größten Mobilfunkanbieter des Landes wurde eine Aufklärungskampagne gestartet. Das über Jahrzehnte hinweg vernachlässigte Gesundheitssystem des Landes wäre mit den Folgen höherer Fallzahlen überfordert, die Krankenhäuser sind schlecht ausgestattet, es gibt weniger als sieben Ärzte pro 1.000 Einwohner und nur ein Prozent der Bürger verfügt über eine Krankenversicherung. Eine zusätzliche Herausforderung stellen die ca. 1,6 Millionen Binnenflüchtlinge dar, die in Flüchtlingslagern unter teilweise prekären Bedingungen leben. Auch hier hätte ein Ausbruch der Krankheit katastrophale Folgen.

Auswirkungen und Ausblick

Innenpolitisch stellt die Krise den Sudan vor große Herausforderungen. Das Land befindet sich knapp ein Jahr nach dem Sturz von Langzeit-Diktator Omar Al-Bashir durch weitestgehend friedliche Massenproteste in einer politischen Übergangsphase, die aus Militär und Zivilisten gebildete Übergangsregierung ist erst seit September 2019 im Amt. Die Wirtschaftslage ist desolat. Treibstoffmangel, Devisenknappheit, Engpässe bei der Versorgung und Stromausfälle belasten die Bevölkerung mehr als die Angst vor dem Virus. Erst am 9. März überlebte der sudanesischer Premierminister Abdalla Hamdok einen Attentatsversuch in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum und in der Übergangsregierung, dem Souveränen Rat, haben die Militärs, insbesondere der ehemalige Leiter der Janjaweed-Milizen, Mohammed Hamdan Daglo – auch als Hametti bekannt – großen Einfluss. Sollte es der Übergangsregierung unter Leitung von Hamdok nicht gelingen, die Corona-Krise einzudämmen und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu erreichen, könnte das Militär der Gewinner der Krise sein. Für die dringend notwendige Unterstützung der fragilen Übergangsphase ist jetzt die internationale Gemeinschaft gefragt, aber eine für Juni geplante internationale Geberkonferenz muss aufgrund der Pandemie vermutlich verschoben werden.

Internationaler Bezug

UNICEF hat kurzfristig 570.000 US-Dollar für Schutzausrüstung und Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt, um die Bevölkerung über die Gefahren aufzuklären. Der Sudan hat, wie viele andere afrikanische Staaten eine junge Bevölkerung, die sich als nicht gefährdet betrachtet. Aus China erhielt der Sudan eine Hilfslieferung von fünfzig Beatmungsgeräten und 400.000 Schutzmasken.

Länderportraits Naher Osten

Israel

Aylin Matlé

Übersicht

Israel gehört weltweit zu jenen Ländern, die zu einem sehr frühen Zeitpunkt ihre Grenzen geschlossen haben. Anfang März bereits verhängte die israelische Regierung einen Einreisestopp für Ausländer. Israelische Staatsbürger durften und dürfen weiterhin einreisen, müssen sich aber unverzüglich in eine zweiwöchige heimische Quarantäne begeben; dieselbe Regel gilt für jene Ausländer, die einen Lebensmittelpunkt in Israel nachweisen können und weiterhin einreisen dürfen. Mittlerweile kommen die zusätzlich ergriffenen Maßnahmen, die in das Leben der Bürger eingreifen, fast einer vollständigen Ausgangssperre gleich. Der Gang zum Supermarkt, zum Arzt und zur Apotheke ist weiterhin gestattet, Bewegung im Freien darf nur noch für eine „kurze Zeitdauer“ und in einem Radius von 100 Metern vom Wohnsitz entfernt vollzogen werden. Nicht mehr als zwei Personen, die im selben Haushalt leben, dürften sich gemeinsam nach draußen begeben. Vom Ausbruch des Virus besonders betroffene Städte wie Bnei Brak, mehrheitlich von Ultraorthodoxen bewohnt, wurden derweil abgeriegelt. Zu Beginn der Einschränkungen des öffentlichen Lebens widersetzte sich diesen vor allen Dingen die ultraorthodoxe Gemeinschaft. Inzwischen aber werden die Regeln weitestgehend befolgt. Die größten Herausforderungen bestehen zum einen in der relativ geringen Anzahl von Intensivbetten mit angeschlossenen Beatmungsgeräten (etwa 5.200 im ganzen Land, das entspricht 8,5 Geräten pro 100.000 Einwohner) sowie den durchgeführten Covid-19-Tests. Premierminister Benjamin Netanjahu und das Gesundheitsministerium hatten in Aussicht gestellt, dass pro Tag 30.000 Personen auf das Virus getestet werden sollten; gegenwärtig beläuft sich die Anzahl der Getesteten auf etwa 6.000–7.000 pro Tag.

Politische Einordnung

Angesichts der bislang vergleichsweise geringen Ansteckungsrate (8.611, das entspricht weniger als 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung) und Menschen, die dem Virus erlegen sind, kann man zu dem Schluss kommen, dass Israels Krisenmanagement effektiv ist. Spekulationen zufolge könnten erste Schritte zur Lockerung der Restriktionen nach Ende des Pessachfests (16. April) erfolgen, um die Wirtschaft des Landes allmählich wieder in Gang zu setzen. Während des einwöchigen Fests allerdings, ist ein landesweites Reiseverbot erlassen worden. Das Krisenmanagement liegt vorrangig in den Händen des Premierministers und des Gesundheitsministeriums. Unterstützend wird mittlerweile das Militär hinzugezogen, um logistische Aufgaben wie die Essensausgabe an Personen, die ihre Wohnung nicht verlassen dürfen, zu organisieren. Der Generalstabschef hat die Regierung darum gebeten, eine zentralere Rolle in der Virusbekämpfung eingeräumt zu bekommen.

Auswirkungen und Ausblick

Der derzeit geschäftsführend amtierende Premierminister Benjamin Netanjahu wird sein Amt zunächst behalten. Sein politischer Herausforderer Benni Gantz hat sich trotz gegenteiliger Versprechen im Wahlkampf dazu entschlossen, in eine Einheitsregierung einzutreten und diesen Schritt damit begründet, dass Israel sich einen vierten Urnengang nicht leisten könne und eine Einheitsregierung im Kampf gegen das Virus brauche. Diese Regierung soll in den kommenden 18 Monaten von Netanjahu angeführt werden; danach soll Gantz das Amt des Premiers bekleiden. Die Wirtschaft in Israel ist besonders stark getroffen von den Einschränkungen, die zur Bekämpfung des Virus beschlossen wurden. So sind etwa 24 Prozent (etwas über eine Million) der Israelis derzeit arbeitslos. In Reaktion

darauf, hat die israelische Regierung ein Hilfspaket in Höhe von 22,5 Milliarden US-Dollar aufgesetzt, um die Wirtschaft zu unterstützen. Eine gesellschaftliche Folge der Krise, so wird spekuliert, könnte eine weitere zaghafte Öffnung der Ultraorthodoxen gegenüber staatlicher Gewalt sein. Die Strenggläubigen orientieren sich hauptsächlich an Vorgaben ihrer Rabbis und ordnen die staatliche Autorität des israelischen Staates dieser unter. Seit Ausbruch der Krise wird darauf hingewiesen, dass die geistlichen Führer dieser Gemeinschaft ihre Glaubensbrüder- und Schwestern zu spät auf die Ernsthaftigkeit des Virus hingewiesen hätten, was dazu geführt habe, dass Ultraorthodoxe überdurchschnittlich häufig mit Covid-19 infiziert seien. Die Ausbreitung des Virus hat auch Auswirkungen genommen auf die Beziehungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA); beide koordinieren ihren Kampf gegen Covid-19. Ob die gegenwärtige enge Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitspolitik überschwappen wird in andere Politikfelder, muss sich zeigen.

Internationaler Bezug

In den ersten Tagen nachdem der Einreisestopp verhängt wurde, waren US-Bürger von dieser Regel zunächst ausgenommen. Inzwischen ist diese Sondergenehmigung jedoch aufgehoben worden. Israel bezieht Ausrüstung, beispielsweise Testkits, aus China, hat bislang aber kein Land explizit und offiziell um Hilfe ersucht im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus. Allerdings hat der Premierminister den israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad beauftragt, medizinische Ausrüstung und Vorräte in den Golfstaaten zu erwerben, zu denen Israel offiziell keine diplomatischen Beziehungen unterhält.

Palästinensische Gebiete

Steven Höfner, Alena Jabarine

Übersicht

Ein Blick auf die Zahlen in den Palästinensischen Gebieten erweckt den Eindruck, die Corona-Krise sei halbwegs unter Kontrolle: Derzeit haben sich 263 Menschen mit SARS-CoV-2 infiziert, bei einem Todesfall. Dreizehn infizierte Personen befinden sich im Gaza-Strafen, wobei davon wiederum knapp die Hälfte als genesen gilt. Die vergleichsweise geringen Zahlen erstaunen, da im benachbarten Israel die Zahlen um ein Vielfaches höher liegen. Ein Grund mag eine geringere Testkapazität auf palästinensischer Seite sein, sodass die Dunkelziffer deutlich höher liegen könnte. Andererseits wurden bereits frühzeitig strenge Maßnahmen eingeführt, die den Alltag der Palästinenser, noch bevor dies in Europa der Fall war, zum Stillstand gebracht haben.

Zunächst betroffen war insbesondere die Stadt Bethlehem. Am 5. März wurden dort die ersten Fälle bekannt, nachdem sich Mitarbeiter eines Hotels bei einer griechischen Touristengruppe angesteckt hatten. Die Palästinensische Autonomiebehörde reagierte prompt, Präsident Mahmoud Abbas erklärte den Notstand und Bethlehem wurde vollständig abgeriegelt – sowohl vom Rest des Westjordanlands als auch, in Koordination mit den israelischen Behörden, von Israel. Angesichts der bevorstehenden Krise wurde ein gemeinsames Lagezentrum eingerichtet und die reibungslose Koordination mit den israelischen Stellen wurde als beispiellos bezeichnet.

Umgehend wurden Kindergärten, Schulen und Universitäten geschlossen, das Beten in Moscheen und Kirchen untersagt. Außerdem wurden Quarantäne-Zentren eingerichtet und die Bewegung zwischen den Distrikten eingeschränkt. Am 22. März verkündete dann Ministerpräsident Mohammad Shtayyeh den Lockdown des Westjordanlands für zunächst zwei Wochen, der mittlerweile wie der Notstand verlängert wurde. Außer medizinischen Einrichtungen, Apotheken, Bäckereien und Supermärkten mussten seitdem alle Läden schließen. Die Bevölkerung ist dazu angehalten weitgehend zu Hause zu bleiben. Zudem muss sich jeder aus dem Ausland Einreisende in eine 14-tägige häusliche Quarantäne begeben.

Die zu Beginn des März getroffenen Maßnahmen erzeugten zunächst Unverständnis in der Bevölkerung, sind nun allerdings weitgehend akzeptiert. Sicherheitskräfte patrouillieren allabendlich in den Städten und fordern die Bevölkerung per Megafon auf, zum eigenen Wohl und dem Wohl des Volkes, zu Hause zu bleiben. Über den fünfmal am Tag erklingenden Gebetsruf werden die Muslime ermahnt, ihr Gebet zu Hause zu verrichten. Die Regierung verschickt SMS an alle Palästinenser, mit dem Hinweis, in der Corona-Krise verantwortungsbewusst zu handeln. Zudem veröffentlicht sie täglich ein Corona-Update per Facebook Live Stream. Im Fernsehen erscheinen Cartoons mit der Bitte, Kinder nicht mehr auf der Straße spielen zu lassen. Und tatsächlich erwecken geschlossene Läden und leere Straßen, sowie eine große Anzahl von mundschutz- und handschuhtragenden Bürgern, den Eindruck, dass die palästinensische Bevölkerung den Kampf gegen das Corona-Virus mehrheitlich ernst nimmt.

Politische Einordnung

Eine nur schwer kontrollierbare Herausforderung im Kampf gegen das Corona-Virus sind Palästinenser, die in Israel oder den israelischen Siedlungen arbeiten. Auf sie sind tatsächlich ein Großteil der bislang bekannten Covid-19-Fälle im Westjordanland zurückzuführen. Etwa 200.000 Palästinenser aus dem Westjordanland arbeiten in Israel oder in israelischen Siedlungen, oftmals im Bausektor. Um Bewegungen einzuschränken, wurden die Checkpoints zwischen Israel und dem Westjordanland geschlossen. Die Arbeiter sollten vorübergehend in Israel bleiben, die Arbeitgeber würden adäquate Unterkünfte und Verpflegung bereitstellen. In vielen Fällen wurde jedoch von menschenunwürdigen Unterbringungen, teilweise direkt auf den Baustellen, berichtet. Mit steigenden Corona-Fällen in Israel und weitergehenden Einschränkungen öffnete Israel schließlich die Checkpoints, um palästinensischen Arbeitnehmern die Rückreise in das Westjordanland zu ermöglichen. Mehrere Zehntausend palästinensische Arbeiter sollen sich jedoch noch in Israel aufhalten. Obwohl einige Palästinenser Corona-Symptome zeigten, testete die israelische Regierung die Arbeiter nicht, bevor sie an die Checkpoints gelangten. Sie trugen das Virus ungehindert weiter in das Westjordanland. Die anfänglich erfolgreiche Koordinierung zwischen israelischen und palästinensischen Stellen wird, insbesondere auf lokalen Ebenen, mit zunehmender Unkontrollierbarkeit konterkariert.

Die palästinensische Regierung wiederum ist nicht in der Lage, trotz der Versorgung mit Testkits durch die Weltgesundheitsorganisation und internationale Unterstützer, Tausende von palästinensischen Arbeitern, die aus Israel zurückkehren, zu testen. Und selbst wenn, so gäbe es nach wie vor Tausende Palästinenser, die täglich illegal die Grenze nach Israel überqueren, weil sie nur so ihre Familien ernähren können. Eine Eindämmung des Virus ist so kaum umsetzbar.

Auswirkungen und Ausblick

Der flächendeckende Ausbruch des Virus in den Palästinensischen Gebieten wäre fatal. Das palästinensische Gesundheitssystem ist, nicht zuletzt aufgrund der Einschränkungen durch die israelische Besatzung mit verheerenden Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft der Palästinensischen Gebiete, mangelhaft und wäre nicht in der Lage, einem breiten Ausbruch des Virus auch nur kurzfristig standzuhalten. Das palästinensische Gesundheitsministerium räumte inzwischen ein, dass von eigentlich rund 800 Intensivbetten im Westjordanland derzeit nur ca. 200 Betten Beatmungsgeräte besitzen. Denn bereits vor Beginn der Corona-Krise kam es zu massiven Kürzungen im Gesundheitssektor, Gehälter wurden gestrichen und es mangelte an medizinischen Grundversorgungsmitteln. Insbesondere das Einfrieren palästinensischer Steuergelder durch die israelische Regierung, u. a. mit dem Argument, die Palästinenser würden mit diesem Geld die Familien inhaftierter Terroristen finanzieren, traf das palästinensische Gesundheitssystem hart. Die israelische Regierung hat inzwischen eine erste Rate der ausstehenden Gelder (ca. 30 Millionen US-Dollar von insgesamt 300 Millionen US-Dollar) an die palästinensischen Behörden überwiesen, weitere monatliche Raten sollen folgen.

Doch die Wirtschaft wird noch lange unter den Folgen der Krise leiden. Staatliche Soforthilfen wie man sie in Europa derzeit sieht, sind aufgrund der massiven Unterfinanzierung der palästinensischen Behörden nicht zu erwarten.

Mit besonderer Sorge blicken die Palästinenser derzeit auf den Gaza-Streifen. Bislang wurden im Gaza-Streifen nur wenige Fälle gemeldet, es gelten ähnlich strikte Maßnahmen wie im Westjordanland. Doch nur wenige Orte der Welt haben eine vergleichbare Bevölkerungsdichte. Zudem ist die Infrastruktur, insbesondere aufgrund der seit 13 Jahren anhaltenden Blockade und einer autoritär regierenden Hamas, katastrophal. Die Gesundheitsversorgung liegt bereits jetzt am Boden. Bei einem unkontrollierten Ausbruch könnten 20 Prozent der knapp zwei Millionen Einwohner (also 100.000 Menschen) auf eine Versorgung im Krankenhaus angewiesen sein. Im gesamten Gaza-Streifen gibt es jedoch lediglich 2.500 Krankenhausbetten, davon nur sieben Intensivbetten.

Internationaler Bezug

Auch wenn die palästinensische Regierung in der Corona-Krise bislang viel Zuspruch erhält, so scheint das langfristige Flachhalten der Kurve doch unwahrscheinlich. Sollte es im Westjordanland und insbesondere im Gaza-Streifen in den kommenden Wochen zu einem rasanten Anstieg der Corona-Fälle kommen, werden die Palästinenser sowohl von Seiten der israelischen Regierung, als auch von der internationalen Gemeinschaft auf eine umgehende und umfangreiche Unterstützung angewiesen sein. Diese Unterstützung kommt derzeit teilweise in Form medizinischer Ausrüstung aus China, auch Personal könnte von dort demnächst in die Palästinensischen Gebiete geschickt werden. Die Golf-Staaten haben bereits ebenfalls direkte Unterstützung zugesagt. Obgleich die konkreten Auswirkungen der Krise auf die Palästinensischen Gebiete noch nicht absehbar sind, so werden die Abhängigkeiten von externen Staaten substantiell steigen.

Jordanien

Dr. Annette Ranko

Übersicht

Jordanien hat weltweit mit zu den strengsten Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus gegriffen und es damit auch in die Schlagzeilen deutscher Medien geschafft. Im März wurden nicht nur alle Land- und Seegrenzen sowie die Flughäfen des Landes geschlossen, sondern auch - im Zuge der Aktivierung des „Defense Laws“ von 1992, das dem Staat theoretisch sogar Zugriff auf Privateigentum ermöglicht - eine komplette und vom Militär gesicherte Ausgangssperre ausgerufen. Jeder Verstoß (einschließlich des unberechtigten Verlassens der eigenen Wohnstätte) wird mit Bußgeldern und bei Wiederholung mit bis zu einem Jahr Haft geahndet. Die Ausgangssperre wurde seither dahingehend gelockert, dass an Werktagen von 10 Uhr bis 18 Uhr nun jeweils ein Mitglied eines Haushaltes zu Fuß in Supermärkten Einkäufe erledigen kann. Auch Banken und Wechselstuben haben wieder einen Minimalbetrieb aufgenommen. Eine Häufung von Corona-Fällen in der Stadt Irbid im Norden Jordaniens aber auch Häufungen in anderen Regionen und Dörfern, führten zu deren kompletter Abriegelung.

Politische Einordnung

Staatliche Medien verweisen darauf, dass Jordanien in der internationalen Presse viel Lob für seine strikten Maßnahmen erhalten habe, und zitiert dabei unter anderem auch deutsche Zeitungen. In staatlichen Medien werden außerdem Umfragewerte genannt, die eine hohe Unterstützung in der Bevölkerung für die Maßnahmen der Regierung zeigen. Gleichzeitig wurden auf die Verbreitung von Fake News und Gerüchten zum Themenkomplex Coronavirus in Jordanien hohe Strafen angekündigt. Die von den offiziellen Stellen bekanntgegebenen Infektionszahlen von 353 Personen werden in den staatlichen Medien als eindeutiger Erfolg der strikten Maßnahmen der Regierung gewertet. Gezeigt hat

die Krise bisher, dass Jordanien eine komplette Ausgangssperre im Land (mit einer kurzen Vorankündigung von nur wenigen Stunden) erfolgreich durch seine Sicherheitskräfte durchsetzen kann. Auch die Maßnahme, alle aus dem Ausland Ankommenden (ca. 5.000 in der Zahl) in zeitgleiche Quarantäne in (kurzfristig) eigens dafür designierte Hotels zu schicken, zeigt die staatliche Fähigkeit, Operationen dieser Größenordnung erfolgreich umzusetzen. Überlegungen, eine komplette Ausgangssperre beizubehalten und statt der teilweisen Öffnung von Läden des essentiellen Grundbedarfs Wasser und Brot an die Bürger zu verteilen, musste von der Regierung jedoch nach wenig erfolgreichen Versuchen schnell gestoppt werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Corona-Krise langfristige Auswirkung auf das politische System bzw. auf die Stärkung bestimmter Teile dieses Systems haben kann, die im Zuge des Krisenmanagements besondere Prominenz erhalten.

Auswirkungen und Ausblick

Die größte Herausforderung Jordaniens in der Corona-Krise ist jedoch die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen. Bereits ist das ressourcenarme Land von hoher Arbeitslosigkeit (an die vierzig Prozent bei der Jugend) und hoher Staatsverschuldung (ca. 98 Prozent des BIP) geprägt. Schnell hat Jordaniens Regierung Maßnahmen ergriffen, um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern: beispielsweise wurden Zinssätze gesenkt, oder Zahlungen für Sozial- und Einkommenssteuer können ausgesetzt werden. Dennoch verschärft sich die Armut derzeit durch den Stillstand der Wirtschaft weiter. Viele Jordanier sind nicht in der Lage, sich Essensvorräte für einen längeren Zeitraum anzulegen. Bereits jetzt werden Essenspakete an arme Familien im Süden des Landes verteilt. Der Staat wird solche Leistungen jedoch nicht alleine stemmen können und hat bereits vor einiger Zeit einen Spendenfonds eingerichtet.

Internationaler Bezug

Jordaniens staatliche Medien verfolgen einen sachlichen Ton zum Thema. Es gab keine wesentlichen Versuche, die Verbreitung des Virus einem bestimmten Land zuzuschreiben. Die Pandemie wird als ein weltweites Problem beschrieben, das alle Staaten (oder viele) betrifft. Jordanien erhält als ressourcenarmes aber geostrategisch bedeutsam gelegenes Land traditionell finanzielle Unterstützung aus zahlreichen Staaten. Deutschland ist bspw. der zweitgrößte bilaterale Geber Jordaniens. In den letzten Tagen wurden zwei größere Tranchen ausgezahlt, über 100 Millionen US-Dollar der japanischen Regierung und über 139 Millionen US-Dollar des Internationalen Währungsfonds (Extended Fund Facility). Es ist davon auszugehen, dass Jordanien im Zuge der Corona-Krise zusätzliche internationale Hilfen (über die bisher vereinbarten Summen hinaus) erhalten wird. Gleichzeitig bekommt Jordanien als Gastland zahlreicher palästinensischer Flüchtlinge besonders in der aktuellen Situation die negativen Auswirkungen der Finanzkrise des Flüchtlingshilfswerks UNRWA zu spüren. Aber auch auf nicht-staatliche Unterstützung aus dem Ausland wird gehofft: Ein chinesischer Geschäftsmann hat Jordanien bereits 100.000 Tests und Schutzkleidung gespendet.

Libanon

Dr. Malte Gaier, Valentina von Finckenstein

Übersicht

Die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus im Libanon wurde Anfang März von der Öffentlichkeit konkret wahrgenommen und diskutiert. Die Zahl der Betroffenen ist Anfang April noch vergleichsweise moderat (ca. 500 Infizierte) und steigt nach offiziellen Zahlen linear und nicht exponentiell an. Allerdings ist bei den Infektionszahlen von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, u. a. aufgrund der nur geringen Testkapazitäten, deren Zahl auf 1.000 Tests/Tag erhöht werden soll, jedoch fraglich ist, ob selbst diese Sollzahl mangels Testkapazitäten in absehbarer Zeit erreicht werden kann. Das junge Alter der libanesischen Bevölkerung könnte dabei eine wichtige Rolle spielen: Nach VN-Zahlen aus dem Jahr 2018

sind lediglich 12,3 Prozent der Bevölkerung im Libanon über sechzig Jahre alt und damit in der altersbedingten Risikogruppe. Der erste Fall von Covid-19 wurde bereits am 21. Februar 2020 bestätigt. Es handelte sich um eine aus der Stadt Qom im Iran angereiste, erkrankte libanesische Staatsbürgerin. Obwohl sich der Iran früh als stark betroffenes Land herausstellte, wurde – auch aufgrund politischer Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie des traditionellen Pilgerverkehrs libanesischer Schiiten zu den heiligen Stätten im Iran – der Flugverkehr mit der Islamischen Republik anfänglich nicht eingestellt. Das hat Kritik in der Öffentlichkeit nach sich gezogen.

Die libanesische Regierung reagierte davon abgesehen jedoch verhältnismäßig schnell, und ließ ab Mitte März den Flughafen sowie alle nicht lebensnotwendigen Geschäfte und Institutionen schließen. Ende März wurde eine nächtliche Ausgangsperre und eine Maskenpflicht verhängt, gefolgt von Einschränkungen im öffentlichen Verkehr. Die schnelle Verschärfung der Regierungsmaßnahmen ist angesichts der schwachen Gesundheitsinfrastruktur im Libanon notwendig. Trotz der vergleichsweise entschlossenen Reaktion empfanden allerdings viele Libanesen selbst das noch nicht als schnell und umfassend genug. Etwa drei Wochen nach den ersten Einschränkungen im Alltag ist erkennbar, dass die Regelungen nicht mehr allzu ernst genommen werden, wie zu Beginn. Auf den Straßen kehrt wieder Leben ein, und selbst während der nächtlichen Ausgangsperre sind noch Menschen und Autos unterwegs.

Die größte Herausforderung für den Libanon liegt darin, die Pandemie bei gleichzeitiger Wirtschaftskrise samt Staatsbankrott zu bewältigen. Das Land ist zudem stark von Importen abhängig, was insbesondere den Gesundheitssektor vor eine große Herausforderung stellt. Nahezu alle Medikamente müssen importiert und mit US-Dollar bezahlt werden. Daher entstehen in privaten wie öffentlichen Krankenhäusern Lieferengpässe für essentielle medizinische Produkte und Ersatzteile. Das Virus stellt eine umso größere Gefahr für die Flüchtlinge im Libanon und insbesondere jene aus Syrien dar, die der Libanon mit dem Ausbruch des Syrienkonflikts in großer Zahl aufgenommen hatte. Flüchtlinge sind aufgrund der schwierigen Bedingungen in den überfüllten Lagern, fehlender sanitärer Einrichtungen sowie mangelnden Zugangs zu angemessener Gesundheitsversorgung einem besonders hohen Risiko ausgesetzt. Bisher sind noch keine Fälle in den Flüchtlingslagern des Landes bekannt. In einer Situation, in der das Aufnahmeland bereits mit der Versorgung seiner eigenen Bevölkerung ringt, sind Flüchtlinge sowie ausländische Gastarbeiter ohne Aufenthaltsgenehmigung der Herausforderung einer medizinischen Grundversorgung in besonderem Maße ausgesetzt. So werden diese Gruppen bereits von manchen Krankenhäusern nicht ohne Vorkasse getestet oder abgewiesen.

Politische Einordnung

Die Regierung operiert im Krisenmodus im Rahmen der vorhandenen Ressourcen und Kapazitäten. Und diese sind im Libanon, der am 7. März den Staatsbankrott erklärt hat, beschränkt. Bereits vor der Pandemie hatte das libanesische Gesundheitssystem mit erheblichen Problemen bei Finanzierung und Ausstattung zu kämpfen. Aufgrund der Wirtschaftskrise sieht der Staatshaushalt 2020 darüber hinaus noch weitere Kürzungen im Gesundheitssektor vor. Die Kapazitäten des libanesischen Gesundheitssektors sind zwar derzeit noch nicht ausgelastet, jedoch würde sich das abrupt ändern, sollte sich das Virus exponentiell ausbreiten.

Die Krankenhäuser Libanons sind chronisch unterfinanziert: Bereits am 15. März führten private Krankenhäuser im ganzen Libanon einen Warnstreik durch und setzten ihren Betrieb wegen verzögerter Gehaltszahlungen durch die Regierung und Schwierigkeiten beim Zugang zu medizinischen Importen aus. Am 12. März riefen auch Ärzte des staatlichen Rafic Hariri-Krankenhauses, dem wichtigsten Test- und Behandlungszentrum für Covid-19-Patienten, einen Streik angesichts der fehlenden Unterstützung durch die Regierung aus. Die krankende Gesundheitsinfrastruktur spiegelt den allgemeinen Zustand des libanesischen öffentlichen Sektors wider, in dem über Jahre hinweg viel Geld durch Korruption verloren ging und dessen grundlegende Reform und Neuaufstellung von aufeinanderfolgenden Regierungen versäumt wurde.

Auswirkungen und Ausblick

Für die bereits desolade Wirtschaft wird die Ausbreitung des Virus und ihre Folgen ein harter Schlag sein. Das Bruttoinlandsprodukt wird weiter schrumpfen; viele Beobachter gehen von einer Vertiefung der Rezession in den zweistelligen Bereich aus. Restaurants, Bars und Hotels, die sich zum Teil bereits in den vergangenen Monaten wegen der Wirtschaftskrise kaum über Wasser halten konnten, werden die mehrwöchige Schließung wahrscheinlich nicht überstehen. Medien berichten von Entlassungen in selten gesehener Zahl, und Arbeitnehmern, die in Teilzeitarbeit arbeiten müssen oder deren Löhne nur teilweise oder gar nicht ausgezahlt werden. Der Tourismus, einer der wenigen produktiven Sektoren des Libanon, ist auf unabsehbare Zeit eingestellt. Im Gegensatz zu anderen Staaten kann der Privatsektor im Libanon keine nennenswerten Rettungspakete durch die Regierung erwarten. Die unmittelbare Schließung des Luftverkehrs hat auch direkte Auswirkungen auf die Währungskrise. Die libanesische Wirtschaft ist von einem kontinuierlichen Fluss von US-Dollar in das Land abhängig. Die Reserven sind im Land allerdings inzwischen so niedrig, dass die Banken zum Teil darauf angewiesen sind, Dollar in Flugzeugen einzufliegen. Einen hohen Risikofaktor stellt eine Ausbreitung des Virus auch für die Ernährungssicherheit dar, da der Libanon ca. 85 Prozent aller konsumierten Nahrungsmittel importiert mit erschreckend geringer Diversifizierung seiner Bezugsländer. Die bereits wachsende Armut (ca. 27 Prozent der Bevölkerung vor Ausbruch der Krise) wird durch die toxische Mischung von Staatsbankrott und Pandemie weiter ansteigen. Eine ähnliche Dynamik ist bei der Arbeitslosenrate zu erwarten, die sich nach offiziellen Schätzungen für das Jahr 2019 auf 23 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar auf 37 Prozent belief.

Internationaler Bezug

Einige libanesische Bürger und Medien werfen dem Iran und der Hisbollah vor, dass sie nicht die notwendigen Maßnahmen gegen eine Ausbreitung des Virus ergriffen und diese damit erst ermöglicht haben. Der Virus lässt die tiefsitzenden konfessionellen Spaltungen in der libanesischen Gesellschaft wieder deutlich werden: schiitische Bürger sowie Bewohner schiitischer Stadtteile erleben verstärkt eine Stigmatisierung.

Die Europäische Union hat Anfang April ein Hilfspaket in Höhe von 168 Millionen Euro zur Unterstützung von Sozialhilfe, Bildung und Kinderschutz angekündigt. Das Vereinigte Königreich unterstützt im Rahmen eines größeren Hilfspaketes an arabische Länder auch den Libanon bei seiner Reaktion auf Covid-19. Das Land spendet über die WHO etwa 400.000 US-Dollar für medizinische Ausrüstung. Der Libanon erhielt ebenfalls nach einem Unterstützungsgesuch eine medizinische Lieferung von Frankreich mit Schutzausrüstungen und Fieberthermometern. In Anbetracht der sensiblen Lage im Land hat zudem die Weltbank 40 Millionen US-Dollar aus einem bereits bestehen Darlehen (Lebanon Health Resilience Project) auf die Unterstützung der Pandemiebekämpfung umverteilt.

Da aufgrund der Pandemie Staaten in erster Linie damit beschäftigt sind, die wirtschaftlichen Auswirkungen auf der nationalen Ebene abzufedern, sind zukünftige, größere Hilfspakete nicht selbstverständlich. Die sinkenden Ölpreise und dadurch schrumpfenden Einnahmen für den Nahen Osten machen es auch unwahrscheinlicher, dass Hilfsgelder von regionalen Verbündeten zeitnah in den Zedernstaat fließen werden.

Syrien

Gregor Jaecke, David Labude

Übersicht

Da die syrische Regierung den ersten Fall von Covid-19 erst am 22. März 2020 bekannt gab, ist davon auszugehen, dass das Virus bereits zuvor beispielsweise durch iranische Milizen oder andere Reisende ins Land gelangt war und die Infektionszahlen mittlerweile deutlich über dem offiziell angegebenen Wert von nur rund 16 Infektionen Anfang April 2020 liegen.

In Anbetracht der Tatsache, dass in allen Nachbarländern bereits beträchtliche Zahlen an Infizierten vorlagen, begann das Regime verhältnismäßig spät, Maßnahmen umzusetzen; Lange Zeit leugnete das Regime die Existenz des Virus in Syrien. Mittlerweile wurden die Grenzübergänge geschlossen und das öffentliche Leben durch die Schließung von Schulen, Universitäten und Restaurants sowie eine nächtliche Ausgangssperre weitgehend eingeschränkt. Teilweise wurden auch gesamte Städte oder Quartiere unter Quarantäne gestellt.

Um eine ausreichende Versorgung der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten, setzte das Regime außerdem den Export von lokal erzeugten Lebensmitteln aus. Darüber hinaus wurde die für den 13. April geplante Parlamentswahl verschoben und die Einberufung Wehrpflichtiger vorerst ausgesetzt. Um einer Ausbreitung des Virus in den überfüllten Gefängnissen entgegenzuwirken, erließ Präsident Assad am 22. März eine Teilamnestie, von der politische Gefangene und ehemalige Rebellen jedoch nur am Rande betroffen waren. Sowohl in der noch umkämpften Provinz Idlib als auch in den kurdisch kontrollierten Regionen Syriens wurden Maßnahmen zur Verringerung von Kontakten und zur Notversorgung ergriffen.

Die Sorge vor einer gravierenden Verschlechterung der ohnehin katastrophalen humanitären Situation in den Flüchtlingscamps besonders an der syrisch-türkischen Grenze ist derweil groß. Aufgrund der extrem beengten Wohnweise, der schlechten Hygienebedingungen sowie der unzureichenden medizinischen Versorgung sind die Lager ein besonderer Nährboden für eine rasche Ausbreitung des Virus.

Politische Bewertung

Nicht nur die medizinische Infrastruktur im Land liegt aufgrund des seit 2011 andauernden Krieges am Boden, das Assad-Regime ist daher nicht in der Lage, ein landesweit effizientes Krisenmanagement umzusetzen. Laut WHO sind aktuell nur etwa die Hälfte aller Krankenhäuser funktionsfähig. Zudem arbeiten viele Krankenhäuser schon jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze, die Intensivstationen sind fast vollständig belegt, es fehlt im gesamten Gesundheitswesen sowohl an ausreichend qualifiziertem Personal als auch an Schutzausrüstung.

Zwar versorgte die WHO sowohl Damaskus als auch die Rebellengebiete in Idlib mit rund 3.000 Testkits, diese Maßnahme alleine kann allerdings nicht ausreichen. Die von Rebellen verwaltete Region Idlib verfügt beispielsweise nur über ein einziges Labor, das die nötige Ausstattung zur Durchführung der Tests besitzt. Verschiedene Medien berichten, das Regime vertusche Infektionen und übe großen Druck auf Personal im Gesundheitswesen aus, um Erkrankungen zu verschleiern.

Da die Versorgung so schlecht ist, ist Vorbeugung die beste Maßnahme gegen die rasante Ausbreitung des Virus. „Social Distancing“ ist jedoch gerade in den Camps für die Binnenflüchtlinge unmöglich.

Die Menschen dort haben kaum Zugang zu sauberem Wasser oder Seife und teilen sich die sanitären Anlagen zu hunderten. Berichte über die vom Regime eingerichteten Quarantänezentren zeigen, dass diese eine Ausbreitung kaum eindämmen können, da grundlegende Ausstattung fehlt und eine Isolation dort nicht wirksam umsetzbar ist.

Auswirkungen und Ausblick

Die Vereinten Nationen drängen in Anbetracht der zu befürchtenden dramatischen Entwicklungen auf einen landesweiten Waffenstillstand, um der Bevölkerung und Hilfsorganisationen mehr Zeit zur Vorbereitung und Reaktion auf die Ausbreitung des Virus zu verschaffen. Mit dem Argument nur so das Leid der Bevölkerung mindern zu können, fordert die syrische Regierung von der internationalen Staatengemeinschaft eine Aufhebung insbesondere der wirtschaftlichen Sanktionen. Damit versucht Machthaber Assad die derzeitige Situation auszunutzen.

Schließlich ist zu befürchten, dass der sogenannte Islamische Staat (IS) von der Ausbreitung des Corona-Virus in der Region profitiert – auch wenn zu erwarten ist, dass sich auch IS-Kämpfer mit dem Virus infizieren. Die Terrororganisation könnte die zunehmend chaotischen Zustände und die dadurch bedingte Beeinträchtigung der Anti-IS-Koalition dazu nutzen, sich in abgelegenen Regionen an der syrisch-irakischen Grenze zu stabilisieren. In der Provinz Deir al-Zour nahmen Angriffe des IS jüngst wieder zu.

Internationaler Bezug

Laut eines UN-Berichts belaufen sich die Kosten für den Kampf gegen das Corona-Virus in Syrien auf rund 71 Millionen US-Dollar; rund drei Millionen werden durch die WHO und UNICEF zur Verfügung gestellt. Vereinzelt unterstützen zudem andere Staaten Syrien: So stellen beispielsweise die USA zusätzliche 16,8 Millionen zur Bekämpfung des Virus zur Verfügung, China entsendet Atemmasken, Testkits und medizinisches Personal, und auch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) kündigen in einem Telefonat mit Präsident Assad Unterstützung an – obwohl die bilateralen Beziehungen der beiden Länder seit 2011 auf Eis liegen. Im Zuge der Corona-Krise besteht so die Möglichkeit, dass auch noch weitere Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Damaskus wiederaufnehmen werden, um das große Leid der Bevölkerung zu mindern. Für die internationale Gemeinschaft sollte die Zunahme humanitärer Unterstützung zur Bekämpfung des Virus nicht bedeuten, von der berechtigten Forderung nach politischen Reformen des Regimes abzusehen.

Irak

Gregor Jaecke, Regina Frieser

Übersicht

Im Irak überlagern sich zurzeit die Krisen: Zu den seit Oktober 2019 andauernden landesweiten Protesten und der durch den Rücktritt von Premierminister Abdul Mahdi im vergangenen November ausgelösten Regierungskrise kommt nun die rasante Ausbreitung des Corona-Virus hinzu sowie eine sich weiter verschärfende Rhetorik im Konflikt zwischen dem Iran und den USA, die ihre Auseinandersetzung weiter auf irakischem Boden austragen.

Um die Einreise infizierter Personen zu begrenzen, hat die irakische Regierung das Land nun weitgehend abgeriegelt: Auf die Schließung der Grenzübergänge zum Iran und Einreisestopps für Personen aus Risikogebieten folgte die Aussetzung des gesamten Flugverkehrs. Um die weitere Verbreitung des Virus im Land einzudämmen, wurden Schulen und Universitäten geschlossen und Ausgangssperren verhängt. In der Autonomen Region Kurdistan (ARK) gelten teilweise noch schärfere

Maßnahmen; schon seit Anfang Februar 2020 wird hier mit Einschränkungen des öffentlichen Lebens auf die Pandemie reagiert.

Zahlreiche landesweite Verstöße gegen diese Maßnahmen durch religiöse und soziale Feiern zeigen jedoch, dass es von Seiten der irakischen Behörden noch viel Aufklärungsarbeit im Umgang mit der Pandemie bedarf.

Nachdem die erste offiziell bestätigte Corona-Infektion am 24. Februar bekannt wurde, verzeichnet der Irak in der ersten April-Woche laut staatlichen und internationalen Quellen rund 1.000 Fälle. Test- und Behandlungskapazitäten im Land sind allerdings sehr beschränkt. Insbesondere in den Grenzregionen zum Iran und in urbanen Ballungsgebieten wird davon ausgegangen, dass die Dunkelziffer sehr viel höher liegt.

Die seit Oktober 2019 anhaltenden Massenproteste, die von unterschiedlichen Sicherheitskräften und Milizen zum Teil blutig niedergeschlagen werden, sind zunächst zum Erliegen gekommen. Aus Angst vor einer weiteren Ausbreitung des Virus riefen die Demonstranten einerseits zunächst selbst zu einer Aussetzung der Proteste auf, andererseits gibt es zwischenzeitlich ein striktes Verbot von Menschenansammlungen. Die Proteste der überwiegend jungen Bevölkerung richteten sich insbesondere gegen Korruption, Misswirtschaft und die schlechte Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen wie Wasser, Strom und Infrastruktur. Bis zum Februar waren bei den Protesten rund 700 Menschen zu Tode gekommen und rund 30.000 verletzt worden.

Politische Einordnung

Vor diesem Hintergrund erfahren auch das Krisenmanagement und die Bewältigung der Pandemie durch öffentliche Institutionen große Kritik; Maßnahmen werden zumeist durch Militär- und Polizeiapparat unter Zwang durchgesetzt. Wirtschaftliche oder soziale Hilfen durch den Staat gibt es bisher nicht. Die Notversorgung mit Lebensmitteln wird hingegen durch religiöse und zivilgesellschaftliche Institutionen sichergestellt, welche im Gegenzug ihren politischen Einfluss im Land so weiter ausbauen könnten.

War das Gesundheitssystem des Irak schon vor der Corona-Krise durch die besorgniserregende wirtschaftliche Lage, die Massenproteste der Bevölkerung und die damit einhergehende Gewalt sowie die anhaltende Regierungskrise nur unzureichend ausgestattet, hat die Corona-Pandemie diese Paralyse noch verstärkt. Iraks Platz 167 von 195 Staaten im Global Health Security Index zeigt, wie gering auch die internationale Gemeinschaft die Kapazitäten des Iraks, mit einer Pandemie umzugehen, einschätzt.

Die Governance-Kapazität des irakischen Staates leidet unter der oben dargestellten andauernden Regierungskrise, in der sich das Land befindet. Bereits mit dem dritten Kandidaten suchen die politischen Kräfte des irakischen Zentralparlaments derzeit nach einer Mehrheit für einen neuen Regierungschef und sein Kabinett. Premierminister Abdul Mahdi, ein Regierungschef „auf Abruf“, der nur mehr geschäftsführend im Amt ist, hat ohne Zweifel nicht die notwendige Durchsetzungskraft, die erforderlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus wirkungsvoll anzuordnen und sicherzustellen, dass diese von staatlicher Seite aus effektiv implementiert werden.

Auswirkungen und Ausblick

Auch die Regierungsbildung und damit die Einsetzung einer neuen handlungsfähigen Exekutive wird sich voraussichtlich noch weiter verzögern. Von unterschiedlichen Interessengruppen gestützte politische Parteien im Land können sich derzeit noch nicht auf die Bestätigung des aktuell von Präsident Barham Saleh vorgeschlagenen Kandidaten Adnan al-Zurfi einigen.

Laut irakischer Verfassung muss ein neuer Premierminister und das von ihm vorgeschlagene Kabinett unter Beachtung strikter (verfassungsrechtlicher) zeitlicher Fristen und Quoren vom Nationalparlament in einer Sondersitzung gewählt werden. Ob die Sitzung aufgrund der Corona-Krise überhaupt stattfinden kann, ist fraglich.

Neben zu erwartenden Einbußen für die ohnehin unter dem niedrigen Ölpreis leidende irakische Wirtschaft (über neunzig Prozent der Staatseinnahmen und 99 Prozent der Exporterlöse speisen sich aus dem Ölgeschäft) lähmt die Angst vor dem Virus auch die Protestbewegung, die bereits vor der Corona-Krise vor allem aufgrund von massiver Gewalt von Seiten der Sicherheitskräfte deutlich abgeflaut war. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Lockdowns und der Grenzsicherungen, im Zusammenhang mit der zu erwartenden globalen Rezession dürften gravierende Folgen haben und es ist mehr als fraglich, ob der Irak in der Lage sein wird, diese Krise allein – also ohne massive Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft – zu bewältigen.

Internationaler Bezug

Die Situation in den Nachbarländern wirkt sich auch deutlich auf den Irak aus: Im Osten der Iran – das neben den USA, China und einigen europäischen Ländern global mit am schlimmsten von der Lungenkrankheit betroffene Land –, der die Krise lange Zeit leugnete. Vor den Grenzsicherungen konnten so noch viele Iraner mit Infektionen in den Irak gelangen, wodurch sich das Virus dort schnell ausbreitete. Im Westen das Bürgerkriegsland Syrien, das auf die Corona-Krise zunächst auch nur sehr verhalten reagierte.

Auch Iraks Rolle im Konflikt zwischen den USA und dem Iran, in welchem sich in den letzten Wochen vor allem auch die Kriegsrhetorik vernehmlich verschärft, droht die Situation vor Ort weiter zu verschlechtern. Zahlreiche Raketenangriffe iranischer Stellvertreter-Akteure auf US-amerikanische und westliche Ziele zeigen, dass sich der Konflikt zunächst auf irakischem Boden manifestiert – und sich in den kommenden Wochen regional sogar noch ausweiten könnte.

Die Vielzahl an Krisen im Irak und im weiteren Nahen Osten, nun verschärft durch die Corona-Pandemie, kann destabilisierend für die gesamte Region sein. Sollte sich durch die Corona-Krise und die fortschreitenden Spannungen zwischen den USA und dem Iran die Lage vor Ort weiter zuspitzen, dürfte dies auch einen direkten Einfluss auf die Sicherheits- und Flüchtlingssituation in Deutschland und Europa haben.

Golfstaaten

Fabian Blumberg

Überblick

Seit Anfang März 2020 mehren sich die Covid-19-Infektionen in den Golf-Staaten. Aktuell ergibt sich laut Johns Hopkins University folgendes Bild: In Saudi-Arabien insgesamt seit Ausbruch 2.795 Fälle, 41 Tote, 615 genesen, in Kuwait insgesamt seit Ausbruch 743 Fälle, 1 Tote, 105 genesen, in Bahrain insgesamt seit Ausbruch 811 Fälle, fünf Tote, 458 genesen, in Katar insgesamt seit Ausbruch 2.057 Fälle, sechs Tote, 150 genesen, in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) insgesamt seit Ausbruch 2.359 Fälle, zwölf Tote, 186 genesen, im Oman insgesamt seit Ausbruch 371 Fälle, zwei Tote, 67 genesen.

Die Reaktionen der Golf-Staaten auf den Ausbruch des Virus ähneln sich. Der Oman vergibt keine Visa mehr an Ausländer, Saudi-Arabien setzt internationale und inländische Flüge, Bus-, Zug- und Taxitransport aus. Auch hat das Königreich das Beten in Moscheen verboten, die beiden heiligen

Stätten Mekka und Medina sind geschlossen, Pilgerfahrten ausgesetzt. Letzteres gilt aktuell für die Umrah; ob die Hajj im Juli oder August stattfinden kann, ist offen. Um die negativen Folgen auf den saudischen Staatshaushalt durch das Virus aufzufangen, wurde das Haushaltsbudget um fünf Prozent (13,32 Milliarden US-Dollar) gekürzt. Oman plant ebenfalls eine Ausgabensenkung um fünf Prozent und hat staatliche Unternehmen angewiesen, die laufenden Ausgaben um zehn Prozent zu senken. Kuwait, das bereits am 13. März den Flugverkehr aussetzte, erließ am 22. März eine Ausgangssperre, Saudi-Arabien folgte am 23. März. Die VAE schlossen Strände, Schwimmbäder, Kinos, Fitnessstudios, touristische Sehenswürdigkeiten, verboten Bürgern Flugreisen und setzten die Einreisemöglichkeit für Visa-Inhaber aus. Die Expo 2020 soll um ein Jahr verschoben werden. Bahrain und Katar haben sich diesen Maßnahmen angeschlossen; Schulen, Restaurants und Einkaufszentren wurden geschlossen. In allen arabischen Golf-Staaten bestehen Ausgangssperren und viele Behörden sind geschlossen, Home-Office dominiert. Mitte März wurden die Eckpunkte erster Hilfsmaßnahmen für den wirtschaftlichen Bereich deutlich; diese summieren sich auf 97 Milliarden Dollar. Weitere Pakete werden geschnürt, so beispielsweise in Saudi-Arabien mit einem Finanzpaket von 18,7 Milliarden Dollar für die Wirtschaft, in den VAE mit der Ankündigung von Energie-Subventionen oder in Kuwait, wo die Zentralbank ein neues Kreditprogramm in Höhe von 16,5 Milliarden US-Dollar ankündigte, das sich an kleinere und mittlere Unternehmen richtet. Die Governance-Kapazitäten sind in den zentralisierten Monarchien stark ausgeprägt und die Maßnahmen werden offensiv kommuniziert.

Politische Einordnung

In allen Golf-Staaten lässt sich ein hohes Maß an Zuspruch der Bevölkerung zu den Maßnahmen der Regierungen beobachten. Beispielhaft lässt sich dies in einem Kommentar der in Saudi-Arabien erscheinenden *Arab News* lesen: „Hats off to the governments that acted responsibly, swiftly and with transparency at the first signs of an outbreak“ (25.03.2020). Das Verantwortungsgefühl, dass sich das Virus nicht weiterverbreitet, ist ausgeprägt. In Saudi-Arabien schlägt sich das zum Beispiel im Twitter-Hashtag „we are all responsible“ nieder. In einer seltenen Fernsehansprache schwor König Salman die saudische Bevölkerung am 19. März darauf ein, dass eine schwierige Zeit bevorstehe, in der Solidarität und Zusammenarbeit nötig seien. Stimmen vom Beginn des Ausbruchs in Saudi-Arabien, nach denen die Regierung politisches Kapital aus der Verbreitung des Virus schlagen wolle, sind verstummt. Sie stützten sich auf die ersten Maßnahmen, die nur für die schiitisch geprägte Region galten. Zwar können Saudis nicht direkt in den Iran reisen; wohl aber über Drittländer und Iran stempelt die Pässe schiitischer Pilger nicht. Die ersten Corona-Fälle traten eben bei jenen Saudis auf, die aus dem Iran zurück reisten. Viele fürchteten Repressalien durch die Regierung, die jedoch verlauten ließ, dass es eben diese nicht geben werde und stattdessen dazu aufrief, sich testen zu lassen. Tests und Behandlungen, so kündigte König Salman an, werden für alle Saudis bezahlt. Auch zeigte sich, dass es im ganzen Land zu Unterstützungsaktionen für die schiitisch geprägte Region im Osten gekommen ist. So wirkt die Solidarität auf politischer und gesellschaftlicher Ebene bislang sehr ausgeprägt.

Auswirkungen und Ausblick

Die Wirtschaftssysteme der Golf-Staaten werden durch die Pandemie besonders hart getroffen. Die Systeme insbesondere der VAE und Katars fußen auf ihrer Offenheit. Sie verstehen sich als „internationale Hubs“, Drehkreuze einer international vernetzten Ökonomie. So verwundert es nicht, dass beispielsweise der Geschäftsführer von Qatar Airways Anfang Februar von Überbewertung der Gefahr und den entsprechenden Folgen für die Luftfahrt warnte. Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf die globale Wirtschaft könnten in der Tat die Golf-Staaten besonders hart treffen. Trotz großer Anstrengungen, ihre Wirtschaftssysteme unabhängiger vom Öl zu machen, sind die Staaten am Golf aktuell noch auf Erlöse aus Öl- und Gasvorkommen angewiesen. Der Ölpreis hat jedoch in den vergangenen Wochen (insbesondere vor dem Hintergrund der saudisch-russischen Auseinandersetzung) stark nachgegeben. So kommen am Golf zwei Krisen zusammen: die Corona-Pandemie und der Ölpreiskrieg. Seit 2014 ist der Ölpreis auf einem niedrigen Level (u. a. aufgrund der Schiefergas-Revolution und eines schwächeren globalen Wachstums). Hinzu kommen aktuell die

Probleme der chinesischen Wirtschaft in Folge des Virus und der nachlassende Warenverkehr. Mit der Kombination aus Ausweitung der Fördermenge und fallender Nachfrage ist es auch zum Preisverfall gekommen. Schwierigkeiten, Kapital auf jetzigem Niveau zu halten beziehungsweise in die Region zu bringen, zeigt sich auch an den regionalen Aktienmärkten, die stark unter Druck stehen.

Der Tourismussektor leidet ebenfalls; zwanzig Prozent des Bruttoinlandsproduktes des Emirats Dubai beispielsweise ist auf Tourismus und Reisen zurückzuführen. Die großen Golf-Airlines (Emirates, Etihad Airways und Qatar Airways) standen bereits 2018 und 2019 vor Problemen wie Passagierrückgang und finanziellen Rückschlägen. Ihre Probleme werden sich durch den weltweiten Einbruch der Luftfahrt verstärken. Etihad hat Mitarbeiter gebeten, bezahlten Jahresurlaub zu nehmen; ebenso Emirates. Qatar Airways hat begonnen, Mitarbeiter zu entlassen. Da es sich bei den Airlines um Symbole nationalen Stolzes handelt (die sich in Staatsbesitz befinden), dürfte das Interesse groß sein, ihr Überleben durch staatliche Hilfen zu sichern, wobei eingedenk der finanziellen Probleme von Etihad (in den letzten drei Jahren hat sich ein Verlust von 4,8 Milliarden Dollar ergeben) ein Zusammenschluss von Etihad und Emirates wahrscheinlicher werden könnte.

Nach wie vor verfügen die Golf-Staaten über finanzielle Reserven. Angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen dürfte es aber weniger wahrscheinlich sein, dass sie finanzielle Mittel beispielsweise für andere arabische Staaten bereitstellen können. Für Saudi-Arabien, das über Devisenreserven in Höhe von 490 Milliarden US-Dollar verfügen soll, wird davon ausgegangen, dass es bei einem fortwährend niedrigen Ölpreis zu einem Haushaltsdefizit von 100 Milliarden US-Dollar kommen könnte. Die VAE verfügen über Reserven in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar.

Während die Golf-Staaten Milliardenbeträge für die Wirtschaft bereitstellen, zeichnet sich ein Rückgang bei staatlichen Projekten ab. Die Erweiterung der Großen Moschee in Mekka wird ausgesetzt (um weitere Ansteckungen unter den Arbeitern zu verhindern). Es zirkulieren Berichte, nach denen im Baugewerbe Lohnkürzungen zwischen 25 und 50 Prozent diskutiert werden. Insgesamt stellt sich die Frage, wie es mit den im Bau befindlichen „Megaprojekten“ weiter geht, wie der futuristischen Stadt NEOM am Roten Meer. Hier werden insbesondere niedrig entlohnte Ausländer beschäftigt, die bei einer länger anhaltenden Krise vor großen Problemen stehen: es wird vermutet, dass die Zahl der Infektionen in dieser Gruppe besonders hoch sind, die Lebensumstände sind prekär, ihre Unterkünfte überbelegt, die Kapazitäten der Gesundheitssysteme nicht ausreichend, um auch diese Gruppe zu versorgen. Manifestiert sich dies und bleiben Arbeitsmöglichkeiten aus, könnte sich die Frage stellen, ob Gastarbeiter in großer Zahl in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden und sich der (bereits in den Reformprogrammen vorgesehene) Trend, mehr Einheimische auch in niedriger entlohnte Tätigkeiten zu bringen, beschleunigt.

Internationaler Bezug

Die grundsätzlich die Außenpolitik der Golf-Staaten dominierende Konfliktlinie spielt auch in der Corona-Pandemie eine zentrale Rolle: der Konflikt zwischen den Golf-Staaten, insbesondere Saudi-Arabien, und dem Iran. In der *Saudi Gazette* heißt es beispielsweise: „We, Saudis, do appreciate every measure the government has taken, no matter how inconvenient. And we do expect other nations and nationalities affected by decisions taken to guarantee our safety to appreciate it as much. Thankfully, most do - except the usual troublemakers, Iran, Qatar and Muslim Brotherhood, of course!“ (10.03.2020). Der bahrainische Innenminister sagte, der Iran übe „biological aggression“ aus, indem er die Pässe bahrainischer Staatsbürger, die im Iran waren, nicht stemple. Die Ausbreitung des Virus in den Golf-Staaten wird u. a. auf Reisen in den Iran zurückgeführt, in dem heilige Stätten der Schiiten liegen.

Auch die Friktionen zwischen den Golf-Staaten, im Jahr 2017 ausgelöst durch die Blockade Katars, wurden jedenfalls in der Twitter-Öffentlichkeit nochmals vertieft. Der Hashtag „Qatar is Corona“, mit dem Katar als Quelle des Virus gebrandmarkt werden soll, ging zeitweise am Golf viral. Insgesamt scheint die Zusammenarbeit auf Ebene der Regierungen jedoch sehr ausgeprägt zu sein. So treffen sich die stellvertretenden Gesundheitsminister, Handelsminister und Finanzminister aller im Golf-Kooperationsrat zusammengeschlossenen Staaten zu digitalen Besprechungen, um Informationen auszutauschen und Maßnahmen zu koordinieren – unter Einschluss Katars. Ob sich hier eine Veränderung bezüglich der Friktionen innerhalb des Golf-Kooperationsrats (GCC) abzeichnet, bleibt abzuwarten (in einer Meldung des GCC zum Treffen der Handelsminister heißt es, dass die Minister eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben, die u. a. Vorschläge entwickeln soll, wie Hindernisse des freien Warenverkehrs zwischen den GCC-Staaten überwunden werden können). So deutet sich hier eine multilaterale Komponente an, die auch positive Folgen für den Zusammenhalt der Länder des Golf-Kooperationsrates haben kann. Es lässt sich erkennen, dass am Golf auf (internationale) Zusammenarbeit statt nationaler Alleingänge gesetzt wird, wie jedenfalls König Salman während eines virtuellen G20-Treffens erklärte: „This human crisis requires a global response. The world counts on us to come together and cooperate in order to face this challenge. Despite the importance of any country's individual responses, it is our duty to strengthen cooperation and coordination in all aspects of the adopted economic policies“ (zit. in *Arab News*, 29.03.2020).

Jemen

Fabian Blumberg

Übersicht

Nach wie vor gibt es keine bestätigten Covid-19-Fälle im Jemen. Von einer Dunkelziffer ist allerdings auszugehen. Das krisen- und kriegsgeschüttelten Land ist denkbar schlecht auf einen Ausbruch vorbereitet. Vierzwanzig der 28 Millionen Einwohner sind schon heute auf internationale Hilfslieferungen angewiesen. Zweihundertfünfzigtausend Menschen wurden laut United Nations Development Programme (UNDP) durch Kämpfe sowie mangelnden Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur getötet; dabei handele es sich in 60 Prozent der Fälle um Kinder unter fünf Jahren. Jemen sei in der Entwicklung um 21 Jahre zurückgeworfen. Hunger bestimmt das Leben, die Infrastruktur ist in großen Teilen zerstört. Ein Ausbruch des Virus würde das ohnehin prekäre Gesundheitssystem zum Kollaps bringen. Wenige Krankenhäuser sind in der Lage, zu arbeiten; es mangelt an Personal, Medizin, Schutzmasken, Covid-19-Tests, Elektrizität. Am 21. März warnte der jemenitische Gesundheitsminister, 93 Prozent der medizinischen Ausstattung seien angesichts des Krieges nicht einsatzfähig. Zudem gibt es Cholera, Diphtherie und Dengue-Fieber. Wirklich reaktionsfähige staatliche Strukturen hingegen nicht.

Politische Einordnung

Vor diesem Hintergrund hat VN-Generalsekretär António Guterres am 25. März eine Waffenruhe gefordert, um Verhandlungen zu einem Ende des Krieges wieder aufzunehmen und einen Ausbruch des Virus zu verhindern. Da das Interesse bei den im Jemen-Krieg involvierten externen Akteuren sehr hoch ist, den Krieg zu beenden, könnte sich durch Covid-19 ein Fenster der Gelegenheit zum Beginn einer Befriedung ergeben. Der VN-Sondergesandte für den Jemen, Martin Griffiths, plant ein Treffen unter Einschluss der verschiedenen, auch externen Parteien, das auch genutzt werden soll, um einen gemeinsamen Plan zu erarbeiten, welche Vorbereitungen getroffen werden müssen, um sich auf einen Ausbruch vorzubereiten. Dies könnte als vertrauensbildende Maßnahme auch ein Startpunkt für politische Gespräche werden.

Da die größten Herausforderungen in der Infrastruktur und der Versorgung liegen, müsste hier ein Reaktionsplan ansetzen; beispielsweise durch die Wiedereröffnung des Flughafens Sana'a, vereinfachte Einfuhrmöglichkeiten durch den Hafen Hodeida sowie der Möglichkeit, Nahrungsmittel und Medikamente wieder frei im Land transportieren zu können.

Zwar zeigten sich die Konfliktparteien grundsätzlich aufgeschlossen, auf die von den Vereinten Nationen angesichts der Corona-Pandemie geforderte Waffenruhe einzugehen. Nach wie vor kommt es aber zu militärischen Auseinandersetzungen insbesondere zwischen Houthis und Saudi-Arabien. Die Houthis konnten militärische Erfolge verbuchen und im Süden erklärten Anhänger einer Abspaltung, das Abkommen von Riad (mit dem der Konflikt zwischen der international anerkannten Regierung und dem Südjemenitischen Übergangsrat befriedet wurde) sei kollabiert. Am 8. April hat das von Saudi-Arabien angeführte Militärbündnis schließlich eine einseitige, zweiwöchige Waffenruhe verkündet. Damit werde auch das Ziel verfolgt, die Ausbreitung des Virus im Jemen zu verhindern und die Voraussetzungen für Gespräche aller Parteien über einen Weg zu einem dauerhaften Waffenstillstand zu schaffen.

Trotz dieser Schwierigkeiten werden vorbereitende Schutzmaßnahmen gegen einen Ausbruch des Virus von den verschiedenen Akteuren umgesetzt. Erste Maßnahmen umfassten aufseiten der international anerkannten Regierung eine Schließung der Schulen, Tests ankommender Reisender sowie die Bereitstellung von vier Milliarden US-Dollar, um auf das Virus zu reagieren. Auch die Houthis haben in den von ihnen kontrollierten Gebieten die Schulen sowie Cafés und Hochzeitssäle geschlossen. Im öffentlichen Sektor (mit Ausnahme der Bereiche Gesundheit, Inneres und Verteidigung) wurde die Anwesenheitsquote um achtzig Prozent gesenkt. In Krankenhäusern werden nur noch Notfälle behandelt, Besuche wurden eingeschränkt. Auch wurde der Flughafen Sana'a sowie alle Übergänge zwischen Houthis-Gebieten und Gebieten der international anerkannten Regierung geschlossen. Vermittelt durch die WHO im Jemen soll es auch zu Informationsaustausch zwischen Regierung und Houthis kommen. Zwei Quarantäne-Center wurden eingerichtet. Aufgrund der Fragmentierung des Landes variieren die Maßnahmen je nach Landesteil. In der südjemenitischen Hafenstadt Aden wurde ein Krankenhaus umgewidmet zur Behandlung von Corona-Patienten; mit Unterstützung der WHO wurden Trainings für das Personal durchgeführt. Saudi-Arabien schickte medizinisches Zubehör. In Marib wurden Notkomitees gebildet und ein Notfallplan erarbeitet, Quarantäne-Einrichtungen identifiziert, eine Aufklärungskampagne gestartet, Hygienemaßnahmen verstärkt. In Taiz wurde ebenfalls ein Notkomitee gebildet, u. a. Parks geschlossen, Restriktionen für Märkte erlassen, Quarantäne-Möglichkeiten geprüft. In Mukalla besteht ebenfalls ein Notkomitee; u. a. wurden Sporteinrichtungen geschlossen, eine Aufklärungskampagne mittels bekannter lokaler Persönlichkeiten gestartet.

Internationaler Bezug

Da die Governance-Kapazitäten im Jemen und die Koordinierung von Maßnahmen zwischen den Regionen besonders schlecht sind, wird insbesondere durch das UNDP internationale Hilfe angemahnt, die sich auf vier Felder konzentrieren sollte: Stärkung des Gesundheitssystems in Koordination mit WHO und lokalen Behörden, Aufbau einer Eindämmungsstrategie („flatten the curve“), Ausweitung bestehender Hilfsprogramme sowie Anreize für die wirtschaftliche Entwicklung. Anfang April hat die Weltbank 26,9 Millionen US-Dollar zur Finanzierung des jemenitischen Gesundheitssystems bereitgestellt, um auf lokaler Ebene auf einen Ausbruch des Virus vorzubereiten. Indes hat die amerikanische Hilfsorganisation USAID angekündigt, Hilfen für Houthis-kontrollierte Gebiete zurückzuhalten – um damit Druck auf sie auszuüben, Hindernisse für die Arbeit humanitärer Organisationen zu beseitigen. Saudi-Arabien kündigte an, 500 Millionen US-Dollar für humanitäre Arbeit der Vereinten Nationen im Jemen sowie 25 Millionen US-Dollar für die Bekämpfung des Virus im Jemen bereitzustellen.

Iran

Fabian Blumberg

Übersicht

Mit der Verbreitung des Coronavirus in der iranischen Stadt Qom, einem Zentrum des schiitischen Islam, Anfang Februar, wurde die Islamische Republik zum nahöstlichen Epizentrum der Covid-19-Pandemie. Angesichts der Parlamentswahlen am 21. Februar bemühte sich die Regierung zunächst, die Gefahr der Verbreitung des Virus herunterzuspielen. Als die erhoffte hohe Wahlbeteiligung ausblieb, sprach Ayatollah Khamenei von „Feinden“, die sich mittels „negativer Propaganda“ bemüht hätten, die Menschen von der Wahl fernzuhalten. Religiöse Massenansammlungen in den Städten Qom und Mashad blieben weiterhin erlaubt. Obwohl die Behörden die Verbreitung des Coronavirus anfangs öffentlich leugneten, berichteten Geistliche von einem Treffen mit Khamenei am 15. Februar, bei dem sie von seinem Sicherheitsapparat dazu angehalten wurden, statt wie sonst üblich, die Hand des obersten Revolutionsführers nicht zu küssen und auch sonst jegliche körperliche Nähe zu meiden. Die offiziellen Medien informierten am 19. Februar über die zwei ersten Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19.

Aktuell sind im Iran 31.678 Menschen mit dem Virus infiziert. 3.872 Menschen starben, 27.039 sind genesen. Die Sharif Universität für Technologie in Teheran geht von einem Worst-Case-Szenario von bis zu 3,5 Millionen Toten bis Ende Mai aus. Dass es so weit kommen konnte, ist insbesondere auf die Weigerung der iranischen Regierung zurückzuführen, rechtzeitig öffentlich auf die Gefahr durch das Coronavirus hinzuweisen und entsprechende Eindämmungsmaßnahmen zu ergreifen; zu wichtig schien die bevorstehende Parlamentswahl. Präventivmaßnahmen, wie zum Beispiel der Stopp von Einreisen chinesischer Touristen oder ein Verbot von Ansammlungen religiöser Pilger in den schiitischen Hochburgen Qom und Mashad, wurden nicht implementiert.

Politische Einordnung

Weiterhin bleibt die Bewältigung des Virus auch deshalb eine Herausforderung, weil verschiedene Akteure, wie der Ayatollah Khamenei, das Militär und die Regierung, nicht einheitlich handeln. Zu den ergriffenen Maßnahmen zählen die temporäre Freilassung von 85.000 Gefangenen. Dies soll vor allem eine pandemische Katastrophe aufgrund der schlechten hygienischen Verhältnisse in den Gefängnissen verhindern. Des Weiteren sollen arme Familien, die durch wirtschaftliche Restriktionen mit erheblichen Einkommenseinbußen rechnen müssen, mit Bargeld-Auszahlungen unterstützt werden. Bis zu drei Millionen Familien sollen so bis zu vierhundert US-Dollar über vier Phasen erhalten. Diese und weitere Maßnahmen werden aber dadurch ad absurdum geführt, dass der Teheraner Basar, der ein wirtschaftlicher Hotspot der iranischen Hauptstadt ist, auch am 18. März noch wie üblich überlaufen war. Mittlerweile ist der Basar geschlossen.

Die Regierung entschloss sich schließlich dazu, die Genehmigung eines 5,5 Milliarden US-Dollar umfassenden Notfall-Darlehens beim Internationalen Währungsfonds zu beantragen. Das Militär funktionierte eine Ausstellungshalle in der Hauptstadt in ein 2.000-Betten-Krankenhaus um. Präsident Hassan Rouhani weigert sich derweil weiterhin aufgrund von wirtschaftlichen Sorgen, eine volle Ausgangssperre im ganzen Land zu verhängen. Die iranische Wirtschaft schrumpfte im vergangenen Jahr um 9,5 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit soll 17,8 Prozent betragen. So versucht der Iran trotz internationaler Sanktionen und Covid-19 die Gefahr sozialer Proteste, die in den vergangenen zwei Jahren sporadisch auftraten, gering zu halten.

Die Regierung der islamischen Republik kündigte am 28. März an, bis zu zwanzig Prozent des staatlichen Budgets für den Kampf gegen das Virus aufwenden zu wollen. Bis zu neunzig Prozent der in Behandlungen von Covid-19 anfallenden Kosten sollen durch die öffentliche Krankenversicherung übernommen werden. Für zusätzliche Maßnahmen plant die Regierung die Entnahme von einer Milliarde US-Dollar aus dem iranischen Nationalfonds. Jüngst wurden weitere Maßnahmen wie

Bankkredite für Familien (in Höhe von 61 US-Dollar pro Familie) und eine schrittweise Wiedereröffnung von Geschäften bekannt gegeben. Der Iran ist auf wirtschaftliche Tätigkeit angewiesen; um trotz Sanktionen überlebensfähig zu sein, setzt das Land auf einheimische Produktion (so können genug Nahrungsmittel produziert und siebzig Prozent des Arzneimittelbedarfs gedeckt werden) und regionalen Warenverkehr – beides Elemente, die sich angesichts geschlossener Grenzen und einer Bevölkerung im Lockdown kaum noch realisieren lassen. Präsident Hassan Rouhani erklärte: „To stay home remains a principle, but we are in such a situation that we cannot say businesses should not work at all for a long time. [...] We cannot put aside social distancing, but should make it smart. [...] If hygienic issues are not observed, we might fall into difficult conditions again“ (zit. in Financial Times, 06.04.2020). Universitäten, Schulen, Sportstätten, Parks, religiöse Stätten und Restaurants bleiben vorerst geschlossen.

Die Maßnahmen stoßen derweil auch auf Widerstand. Ultra-konservative Protestierende brachen in Qom und Mashad durch die Absperrungen der Schreine, die nach schiitischem Brauch auch geküsst werden, und bezichtigten die Regierung der Beleidigung des Propheten. Der Klerus verteidigte unterdessen die Maßnahmen der Regierung.

Internationaler Bezug

Während die USA zunächst Bereitschaft signalisierten, eine Prüfung des Antrages an den Internationalen Währungsfonds vorzunehmen (laut jüngsten Berichten lehnen sie dies nun ab) und willens seien, Unterstützung zur Eindämmung des Virus im Iran zu leisten, äußerte Ali Khamenei am 22. März, dass er sich weigere, Unterstützung der Amerikaner anzunehmen. Stattdessen gab er Theorien wieder, nach denen das Virus von den USA speziell gegen den Iran entwickelt und in Umlauf gebracht worden sei. Eine Unterstützung seitens der USA in der jetzigen Situation sei möglicherweise der Versuch, das Virus im Iran noch weiter zu verbreiten oder den Effekt des in den USA entwickelten Virus vor Ort zu testen.

Der Iran wird besonders aus dem Golf für seine Rolle als nahöstliches Epizentrum attackiert; beispielsweise in Form von Tweets über die „Zurückgebliebenheit“ der Schiiten bezüglich des Küssens von Schreinen. Auch finden sich kritische Stimmen offizieller Vertreter der Golf-Monarchien. In einer Mitteilung zu einer Sitzung des saudischen Kabinetts, die von König Salman geleitet wurde, heißt es: „The Cabinet condemned Iran's irresponsible conduct to facilitate the entry of Saudi citizens into its territories, without putting a stamp on their passports at a time when infection with the new Coronavirus spreads, which poses a health threat to safety, undermines international efforts to combat the virus, and Iran bears direct responsibility and what it causes from the outbreak of infection with the virus.“ Ähnlich äußerte sich Bahrain, dessen Innenminister von einer „biologischen Aggression“ seitens des Iran sprach. Teherans Reaktion auf diese Aussagen fiel gewohnt antiwestlich aus; der iranische Parlamentssprecher äußerte mit Blick auf Bahrain: „America, which rules Bahrain through the presence of its Fifth Fleet, is a major cause of biological warfare and initially denied the existence of coronavirus.“ Die Ausbreitung des Virus in den Golf-Staaten wird u. a. auf Reisen in den Iran zurückgeführt, in dem heilige Stätten der Schiiten liegen. Dennoch haben die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait und Katar humanitäre Hilfe für den Iran angekündigt oder geleistet. Dies geschieht trotz der in den Golf-Staaten kritisierten destabilisierenden Rolle, die der Iran in der Region (Jemen, Irak, Libanon) spielt. Eine Abkehr des Irans von seiner außen- und sicherheitspolitischen Proxy-Strategie ist bisher auch trotz der inner-iranischen Probleme angesichts Covid-19 nicht zu erkennen.

Türkei

Walter Glos

Übersicht

Die ersten offiziellen Zahlen zu Corona-Infektionen in der Türkei gibt es seit dem ersten Infizierten aus Istanbul am 11. März 2020, der von einer Auslandsreise zurückgekehrt war. Seit einiger Zeit werden täglich Updates auf der Webseite des türkischen Gesundheitsministeriums veröffentlicht. Die Zahl der Infizierten liegt bei 27.069, die der Toten bei 574, über 2.000 Menschen liegen entweder auf der Intensivstation oder werden künstlich beatmet. Die Anzahl der Geheilten liegt bei 1.042 Menschen. Die Sterberate in der Türkei beträgt 2,1 Prozent im Vergleich zur internationalen Sterblichkeitsrate, die bei 5,5 Prozent liegt. Am 1. April wurden verschiedene Listen erstellt mit den meist infizierten Städten (Istanbul, Izmir, Ankara). Im Durchschnitt werden mittlerweile täglich ca. 20.000 Tests durchgeführt.

Die staatlichen Maßnahmen als Reaktion auf die Krise sind vielfältig: Es gibt eine Ausgangssperre für Senioren ab 65 Jahre und chronisch Erkrankte sowie für Kinder und Jugendliche bis zwanzig Jahre. Menschen zwischen zwanzig und 22 Jahren müssen schriftlich vorweisen können, dass sie Arbeitnehmer sind, wenn sie arbeiten gehen wollen. Mittlerweile sind 120 Ortschaften unter Quarantäne. Es gibt Zwangsquarantänen für Rückkehrer. Internationale Flüge sind bis zum 1. Mai gestrichen und Inlandsflüge vorerst bis zum 20. April. Eine Genehmigung ist erforderlich, wenn man mit dem Bus zwischen verschiedenen Städten reisen möchte. Der Istanbul Oberbürgermeister forderte eine allgemeine Ausgangssperre für Istanbul. Behördengänge, Zahlen der Strom- oder Wasserrechnungen u.ä. werden nun online ausgerichtet. Einkäufe werden soweit wie möglich übers Internet gemacht, was dazu führt, dass die Lieferungen sich verzögern. Über das Online-Portal Eba (Eğitim Bilişim Ağı, auf Deutsch „Bildungsinformationsnetzwerk“) mit kostenlosem acht GB-Zugang, können Schüler Übungsaufgaben und Videos abrufen, da die Schulen vorerst bis zum 30. April geschlossen sind. Universitäten bieten Online-Kurse an. Mit staatlichen und nichtstaatlichen Hilfskampagnen versucht man, Geringverdiener und Arbeitslose zu unterstützen. Im Privatsektor wie im öffentlichen geht man zu flexiblen Arbeitszeiten über, während Banken flexiblere Kreditpakete mit längeren Rückzahlungsfristen und niedrigen Zinssätzen anbieten.

Die Öffentlichkeit zieht sich immer mehr in ihre Wohnungen zurück. Die sich täglich erhöhenden Infizierten- und Totenzahlen sorgen mittlerweile für eine angespannte Atmosphäre. Natürlich gibt es immer wieder Menschen, die sich ohne einen dringenden Grund draußen aufhalten. Mittlerweile werden deshalb Geldstrafen verhängt. Falschmeldungen auf Social-Media-Kanälen werden aufgespürt und bestraft. Unterschiedliche Angaben zur Menge von Masken, Schutzbekleidung etc. für das Gesundheitspersonal sorgen für Unmut. Der Staat hat bis heute noch keine allgemeine Ausgangssperre verhängt, um der Wirtschaft nicht noch mehr zu schaden. Dies wird von Oppositionellen stark bemängelt. Kritik wird auch an den Lieferungen von medizinischer Ausrüstung ins Ausland ausgeübt, weil man befürchtet, dass die Türkei selber zu kurz kommt.

Politische Einordnung

Der 26-köpfige Wissenschaftsrat des Gesundheitsministeriums besteht aus international anerkannten Fachexperten und ist Koordinator der Corona-Krise in der Türkei und gleichzeitig beratend für den türkischen Staatspräsidenten tätig. Gesundheitsminister Koca gilt für die Mehrheit der Gesellschaft in dieser Phase als vertrauenswürdig und erfolgreich im Krisenmanagement. Präsident Erdogan hat dazu aufgerufen im Rahmen der „Kampagne der nationalen Solidarität“ für von der Pandemie betroffene Bürger zu spenden. Er selbst hat sieben seiner Monatsgehälter gespendet. Politiker, NGOs, Banken, Unternehmen und Privatpersonen stellen ebenfalls Mittel zur Verfügung. Im Rahmen der Kampagne sind nach offiziellen Angaben bisher 1.070.831.000 türkische Lira (146 Millionen Euro) zusammen gekommen. Die von der CHP geführten Metropolen Istanbul und Ankara haben kürzlich eigene

Spendenkampagnen zur Unterstützung der bedürftigen Bürger gestartet. Das türkische Innenministerium erklärte, dass diese Aktionen von Gemeinden im Zusammenhang mit dem Coronavirus gegen das Spendengesetz verstoßen. Präsident Erdogan verkündete ein Verbot für Gemeinden, ohne Erlaubnis eigene Kampagnen zu starten. Die Oppositionspartei CHP verurteilt die Regierung deswegen scharf.

Auswirkungen und Ausblick

Aus wirtschaftlicher Sicht sind die Auswirkungen in der Reise- und Tourismusbranche, der sechstgrößten der Welt und mit einem Anteil von 12 Prozent an der türkischen Wirtschaft, sehr gravierend. Das die Saison einleitende Oster-Geschäft fällt komplett aus und es gibt massive Stornierungen – man befürchtet das Schlimmste. Bedingt durch die Vorratskäufe bei Lebensmitteln und Produkten des alltäglichen Lebens sind die Verbraucherausgaben trotz steigender Preise und Inflation gestiegen. Der Inlandsmarkt befindet sich in einer Rezession. Einkaufszentren, Geschäfte, Restaurants, Cafés sind geschlossen, viele Betriebe haben auf Kurzarbeit um- oder gar die Produktion eingestellt. Offizielle Zahlen bezüglich der Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt werden erst zum Ende des Monats April vorliegen, aber die Arbeitslosenzahlen von 14 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent werden vermutlich ansteigen.

Im Zusammenhang mit dem Rückgang des globalen Handels ist der Außenhandel des Landes im Monat März nach Europa und zu den Nachbarländern sehr abgeschwächt. Auch mit Russland, bedingt durch die sinkenden Ölpreise und der damit verbundenen Abschwächung der Nachfrage gegenüber den türkischen Exporten, ist das Handelsvolumen gravierend gesunken. Auf der anderen Seite wird jedoch das von Ölimporten stark abhängige Land von dem Ölpreiskrieg profitieren und die sinkenden Ölpreise werden das Außenhandelsdefizit mildern. Auf den Finanzmärkten führte die Ausbreitung des Virus im März zur weiteren Abwertung der Lira um knapp zehn Prozent. Auch die Istanbuler Börse verzeichnete seit Beginn der Pandemie große Kursverluste. Die Talfahrt konnte jedoch durch die Maßnahmenpakete der Regierung vorübergehend etwas abgeschwächt werden – die Tendenz ist jedoch weiterhin fallend. Die wirtschaftlichen Entwicklungen werden, wie in der gesamten Welt, vom Ausmaß und Dauer der gesundheitspolitischen Maßnahmen und der darauf folgenden Erholung abhängen. Die Hoffnung, dass sich die türkische Wirtschaft mit dem Rückgang der Ausbreitungsrate der Epidemie rasch erholen wird, ist seitens der Regierung wie auch in den Wirtschaftskreisen jedoch relativ hoch.

Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wurden im Allgemeinen gesellschaftlich wie auch politisch akzeptiert. Zu Beginn der Krise jedoch gab es laute Kritik an den dürftigen Informationen seitens der Regierung und den Ämtern zum Ausmaß und der Ausbreitung der Pandemie.

Internationaler Bezug

Die Türkei blickt in Zeiten der Coronakrise auf Deutschland. Deutschland liegt mit einer Sterberate von 1,6 Prozent weit unter dem internationalen Vergleich (Italien: 12,3 Prozent, Großbritannien: 10,3 Prozent, Spanien: 9,6 Prozent und Frankreich: 8,7 Prozent). Das sorgt nicht nur für Verblüffung, sondern gleichzeitig auch für Anerkennung. Die Maßstäbe setzen Deutschlands aber auch Südkoreas Krisenmanagement. Insbesondere wird dabei darauf gedrängt, so wie in diesen „Corona-Vorzeigeländern“, so viele Covid-19-Tests wie möglich durchzuführen, um durch die Identifizierung der Infizierten die exponentielle Verbreitung des Virus einzudämmen.

Um dieses Ziel zu erreichen importierte die Türkei 350.000 Testkits aus China. Lange bevor es zu dem ersten offiziellen Covid-19-Infizierten in der Türkei kam, gab es Warnungen insbesondere von türkischen Bürgern aus Italien. Dabei wurde dringlich darum gebeten, die Corona-Situation ernst zu nehmen und die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, bevor es zu spät sei und die Türkei in eine verzweifelte Lage wie Italien gerate.

Obwohl die Türkei selbst unter der Pandemie, einer instabilen Wirtschaft und der Flüchtlingskrise leidet, überraschte sie mit ihrer großzügigen Hilfsbereitschaft für andere Staaten. Bereits im Februar unterstützte die Türkei China mit Medizin, Masken und Plastikhandschuhen. In den darauffolgenden Wochen erhielten Bulgarien, Ungarn, der Iran, Palästina, Kolumbien, Kosovo, die Philippinen und auch Tunesien Hilfsgüter aus Ankara. Die oppositionellen türkischen Medien kritisierten die widersprüchliche Haltung des türkischen Staatspräsidenten, der einerseits zur landesweiten Spendenaktion zum Kampf gegen die Coronakrise aufruft, aber andererseits gleich nach dem Aufruf die so dringend im eigenen Land benötigten medizinischen Hilfsgüter nach Italien und Spanien schickt.

Impressum

Die Autorinnen und Autoren

Christina Baade, Referentin in der Abteilung Naher Osten und Nordafrika.

Nora Beldjoudi, Programmbeauftragte im Verbindungsbüro Algier.

Fabian Blumberg, Leiter des Regionalprogramms Golf-Staaten.

Dr. Holger Dix, Leiter des Auslandsbüros Tunesien/Algerien.

Simon Engelkes, Referent in der Abteilung Naher Osten und Nordafrika.

Valentina von Finckenstein, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro Libanon.

Regina Frieser, Wissenschaftlicher Mitarbeiterin im Auslandsbüro Syrien/Irak.

Dr. Malte Gaier, Leiter des Auslandsbüros Libanon.

Walter Glos, Leiter des Auslandsbüros Türkei.

Steven Höfner, Leiter des Auslandsbüros Ramallah.

Alena Jabarine, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro Ramallah.

Gregor Jaecke, Leiter des Auslandsbüros Syrien/Irak.

Steffen Krüger, Leiter des Auslandsbüros Marokko.

David Labude, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Syrien/Irak.

Aylin Matlé, Trainee im Auslandsbüro Israel.

Dr. Annette Ranko, Leiterin des Auslandsbüros Jordanien.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Edmund Ratka

Kommissarischer Leiter

Abteilung Naher Osten und Nordafrika

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

T +49 30 / 26 996-3602

edmund.ratka@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Satz: Marianne Graumann, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-95721-647-2



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)